Posener Tageblatt

Bezugspreis: Ab 1. 4. 1932 **Postbezug** (Polen und Danzig) 4.89 zł. Posen Stadt in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 4.50 zł, durch Boten 4.90 zł. **Provinz** in den Ausgabestellen 4.50 zł, durch Boten 4.80 zł. Unter Streifband in Polen u. Danzig 8.— zł. **Deutschland und übrig. Ausland** 2.50 Rm. **Einzelnummer** 0.25 zł. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes", Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań. Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postscheck-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 15 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland und übriges Ausland 10 bzw. 50 Goldpfg. Platzvorschrift und schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — **Anschrift für Anzeigenaufträge:** „Kosmos" Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156 102 (Kosmos Sp. z o. o., Poznań). Gerichts- und Erfüllungsort auch für Zahlungen Poznań.

71. Jahrgang | Mittwoch, 1. Juni 1932 | Nr. 122.

Was wird aus Deutschland?

Nach dem Rücktritt des Reichskabinetts / Wie es zu der Krise kam

Berlin, 30. Mai. Die Nachricht von dem Rücktritt des Reichskabinetts kommt den politischen Kreisen nicht mehr überraschend, nachdem bereits bekannt geworden war, daß sich in der Sonntagsbesprechung zwischen dem Kanzler und dem Reichspräsidenten nicht die Möglichkeit einer weiteren fruchtbaren Zusammenarbeit bot. Angesichts der Volksstimmung, die eine stärkere Drehung der verantwortlichen Reichspolitik nach rechts wünscht, hielt der Reichspräsident eine neue Notverordnung auf der Basis eines Kabinetts Brüning nicht mehr für tragbar. Diesen Eindruck von Hindenburgs Ansichten dürfte der Kanzler bereits in der gestrigen Besprechung gewonnen haben, die ja übrigens auch nur von kurzer Dauer war. Damit hatte die heutige Kabinettssitzung, die um 11 Uhr begann, nur noch den Zweck, den offiziellen Rücktrittsbeschluß des Gesamtkabinetts herbeizuführen, den der Kanzler dem Reichspräsidenten in der Mittagsbesprechung überbringen konnte. In politischen Kreisen wird übrigens größter Wert auf die Feststellung gelegt, daß zwischen dem Reichspräsidenten und dem Kanzler

keine persönlichen Differenzen

bestehen, und daß die großen Verdienste Dr. Brünings gerade in dem Augenblick seines Rücktritts voll gewürdigt werden. Das dürfte auch in dem Abschiedsschreiben des Reichspräsidenten an den Kanzler zum Ausdruck kommen. Auf der anderen Seite dürfte Dr. Brüning selber auf dem Standpunkt stehen, daß die Wahl für den Generalfeldmarschall von Hindenburg unter dem Gesichtswinkel geführt worden ist, eine starke und straffe Führung an der Spitze des Reiches zu sehen.

Die Besprechungen über die Regierungsbildung beginnen sofort

Berlin, 30. Mai. Wie wir erfahren, wird der Reichspräsident sofort mit den Besprechungen über die Neubildung der Reichsregierung beginnen. Es ist anzunehmen, daß er zunächst eine Besprechung mit dem Reichstagspräsidenten Löbe haben und im Anschluß daran die Führer der Reichstagsparteien nach der Stärke der Fraktionen empfangen wird.

Die Klärung dieser Krise wird in unterrichteten Kreisen als unvermeidlich bezeichnet, nachdem während der Abwesenheit des Reichspräsidenten von Berlin von gewisser Seite keine Konsequenzen gezogen worden sind, die die personelle Seite der Kabinettsfrage hätten erleichtern können. Natürlich beschäftigt man sich jetzt vor allem mit dem Problem der Nachfolge. Fest steht bisher nur, daß der Reichspräsident ein Kabinett berufen will, das seiner ganzen Struktur nach weiter rechts eingestellt ist.

Vollkommen ungewiß ist noch, wer der neue Kanzler sein wird.

In der Oeffentlichkeit sind bereits eine Reihe von Namen genannt worden; sie tauchen auch heute mittag wieder auf. Es scheint, daß die meisten Chancen für den Freiherrn von Gayl, den ostpreußischen Landwirtschaftsführer Brandes und für den Grafen Westarp vorhanden sind. Neben diesen personellen Fragen diskutiert man in politischen Kreisen auch die, wie das neue Kabinett im Reichstag eine Mehrheit finden wird. In diesem Zusammenhange wird natürlich auch die Möglichkeit einer späteren Reichstagsauflösung erörtert. Alle Zukunftsaussichten hängen jedoch zunächst von der Entscheidung ab, die der Reichspräsident über die Persönlichkeit des neuen Kanzlers trifft. Auf diesen Punkt ist im Augenblick das Hauptinteresse gerichtet, zumal man sich in allen politischen Kreisen darüber klar ist, daß die Kabinettskrise schon mit Rücksicht auf die dicht bevorstehende Lausanner Konferenz so bald wie möglich zum Abschluß gebracht werden muß. Wie die Dinge liegen, ist übrigens nicht damit zu rechnen, daß Dr. Brüning dem neuen Kabinett als Außenminister angehören wird. Er sieht es vielmehr nur noch als seine Aufgabe an, sein Amt in die Hände des Reichspräsidenten zu legen.

Um die Neubildung des Reichskabinetts

Die Nazis für Reichstagsauflösung

Berlin, 31. Mai. In Berliner politischen Kreisen verzeichnet man mit großer Genugtuung, mit welcher Energie der Reichspräsident gestern bereits die Verhandlungen über die Neubildung des Reichskabinetts aufgenommen hat. Was der Reichspräsident erstrebt, ist ein Kabinett, das aus lauteren und tüchtigen Persönlichkeiten zusammengesetzt ist, die den Parteien und Gruppen vom Zentrum bis zur äußersten Rechten nahestehen. Ein Kabinett, das also im Reichstag von einer Seite her zum mindesten toleriert würde. Gegen die Auflösung des Reichstages spricht im Augenblick zweifellos die Beunruhigung, die neue innerpolitische Kämpfe bringen würden, wo man vor wichtigen außenpolitischen und Wirtschaftsentscheidungen stehe.

*

Berlin, 31. Mai. Dr. Göbbel nahm in einer N.S.D.A.P.-Versammlung zu den neuesten politischen Ereignissen Stellung. Er kam zu dem Schluß, daß durch den Sturz des Kabinetts der grundlegende System- und Kurswechsel in Deutschland eingeleitet worden ist. Vorbedingung sei, daß den Nationalsozialisten nunmehr auch die Macht in Deutschland gegeben würde. Demzufolge sei es notwendig, daß der Reichstag aufgelöst würde.

Berlin, 31. Mai. Der Reichspräsident empfing gestern den Reichstagspräsidenten Löbe, sodann Wels, Dr. Breitscheid und später Adolf Hitler mit dem Abgeordneten Göring. Die Besprechungen mit den Parteiführern werden heute fortgesetzt.

Brünings Kabinett und seine Arbeiten

Berlin, 30. Mai. Reichskanzler Dr. Brüning ist nach seinem heutigen Rücktritt genau 2 Jahre und 2 Monate im Amte gewesen. Nach dem Sturz des Kabinetts Müller am 27. März 1930 gelang es ihm, sein erstes Kabinett zu bilden, das bis zum 7. Oktober 1931 im Amte blieb. Schon wenige Monate nach der Bildung seines ersten Kabinetts, bei der Ablehnung des bei seiner Vorstellung eingebrachten Mißtrauensvotums konnte er über eine Mehrheit von 66 Stimmen verfügen. Es kam zur ersten personellen Veränderung insofern, als der damalige Reichsfinanzminister Professor Moldenhauer zurücktrat und am 26. Juni 1930 durch Reichsfinanzminister Dr. Dietrich ersetzt wurde. Die Arbeiten des Kabinetts Brüning standen von Anfang an

im Zeichen der schweren Wirtschaftskrise

Die erste große Notverordnung vom 16. Juli 1930 hatte daher auch heftige parlamentarische Kämpfe zur Folge, die zum Beschluß der Aufhebung der Notverordnung führten, woraufhin der Reichstag aufgelöst wurde. Die Neuwahlen fanden am 14. September statt und ergaben ein außerordentliche starkes Anwachsen der Nationalsozialisten. Trotzdem konnte sich das Kabinett Brüning auch weiterhin im Reichstage behaupten, nachdem es ein neues Finanz- und Wirtschaftsprogramm aufgestellt hatte. Kurz vor dem Erlaß der zweiten großen Notverordnung kam es noch zum Abschwenken der Wirtschaftspartei, die ihren Vertreter im Kabinett, Dr. Brest, zurückzog.

Die zweite Notverordnung wurde sodann am 1. September 1930 veröffentlicht. Nach der Bereisung der deutschen Ostgrenzen in den ersten Januartagen 1931 wurden die Verhandlungen mit Oesterreich eingeleitet, die am 31. März 1931 zur

Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Zollpaktes

führten. Diese Zollvereinbarungen hatten lebhafte politische Auseinandersetzungen zur Folge, die durch Ueberweisung des Zollabkommens an den Haager Gerichtshof zunächst abgebogen werden konnten. Es setzte jetzt die Vorbereitungszeit der großen internationalen Verhandlungen ein. Reichskanzler Dr. Brüning reiste mit Reichsaußenminister Dr. Curtius nach

Chequers,

wo es zur ersten Fühlungnahme mit den englischen Staatsmännern kam, was dann im Verlauf des Sommers 1931 weitere Ministerbesuche zur Folge hatte. Diese außenpolitischen Fragen wurden zunächst durch die finanzielle Entwicklung Deutschlands etwas in den Hintergrund gedrängt, folgte doch nach der Inkraftsetzung des Hoover-Moratoriums vom 10. Juli 1931 die berühmte Danatnacht vom 13. zum 14. Juli, in der die Notverordnung betreffend die Reichsgarantie für die Danatbank sowie die anschließenden Bankfeiertage beschlossen wurden, was eine Reihe weiterer Notverordnungen über den Devisenverkehr, über den Zahlungsverkehr der Banken, die Presse, die Kapital- und Steuerflucht und die Auslandspaßgebühren zur Folge hatte. Ende Juli wurde sodann das Reiseprogramm fortgesetzt, und Brüning und Curtius fuhren zunächst nach Paris, um mit Laval und Tardieu zu verhandeln und die anschließende Londoner Konferenz vorzubereiten. Am 26. Juli besuchte der amerikanische Staatssekretär Stimson Berlin, am 27. Juli trafen Macdonald und Henderson in Berlin ein, und am 7. August reisten Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius nach

Rom,

wo das Besuchsprogramm zunächst seinen Abschluß fand. Die französischen Staatsmänner Laval und Briand trafen am 31. August zu ihrem Gegenbesuch in Berlin ein, während der italienische Außenminister Grandi in Vertretung des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini den Gegenbesuch der italienischen Regierung am 25. Oktober 1931 in Berlin abstattete. In Verfolg der internationalen Auseinandersetzungen um die deutsch-österreichischen Zollvereinbarungen kam es am 6. Oktober zum Rücktritt des Reichsaußenministers Dr. Curtius und einen Tag danach zur Gesamtdemission des ersten Kabinetts Brüning. Dr. Brüning wurde sofort mit der Neubildung der Regierung beauftragt, und es gelang ihm schon in zwei Tagen, sein neues Kabinett zu bilden.

Bei seiner Vorstellung vor dem Reichstag gelang es Dr. Brüning, sich wiederum eine Mehrheit zu sichern und den Reichstag sodann bis zum 23. Februar 1932 zu vertagen. Am 8. Dezember 1931 wurde

die vierte Notverordnung

veröffentlicht, die zu gleicher Zeit einen Burgfrieden bis zum 3. Januar 1932 verkündete. Die ersten Monate des neuen Jahres standen vollkommen im Zeichen der Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl, wo Dr. Brüning zunächst den Versuch machte, auf parlamentarischem Wege die Verlängerung der Präsidentschaft Hindenburgs durchzusetzen, was aber scheiterte, da sowohl Hitler als auch Hugenberg diesen Weg ablehnten. Es kam am 13. März zum ersten und am 10. April zum zweiten Wahlgang, wobei Reichspräsident von Hindenburg wiedergewählt wurde. Am 13. April unterzeichnete der Reichspräsident eine

Notverordnung, durch die die S.A. und S.S. allgemein verboten

wurden. Im Anschluß daran richtete er in einem Schreiben an den Reichsinnenminister die Forderung, eine genaue Untersuchung über die Verhältnisse bei den übrigen Wehrorganisationen anzustellen und ihnen nötigenfalls die gleiche Behandlung angedeihen zu lassen. Die innerpolitische Situation nahm in Verfolg der allgemeinen wirtschaftlichen und internationalen Verwicklungen immer kompliziertere Formen an, wozu schließlich auch noch der Ausgang der Preußenwahlen und das damit verbundene starke Anwachsen der Nationalsozialisten nicht unwesentlich beitrug. Dem Ausscheiden Warmbolds aus dem Reichskabinett folgte schließlich die Ankündigung, daß der Reichswehrminister von seinem Amte zurücktreten wolle, um sich dann den Arbeiten des Reichsinnenministeriums zu widmen. Die letzte Tagung des Reichstages endete wiederum mit der Ablehnung der eingebrachten Mißtrauensvoten gegen das Kabinett, doch konnte über die eingebrachten Einzelmißtrauensvoten nicht abgestimmt werden, da die Zwischenfälle im Reichstagsrestaurant die Tagung ausbleiben ließen. In der Folge hat sich nun das Kabinett mit der Ausarbeitung der Maßnahmen zur Sanierung der Sozialversicherungen befaßt, die in dieser Woche erlassen werden sollten. Inwieweit es nun zur Durchführung dieser Maßnahmen kommen wird, hängt von der weiteren Gestaltung der Dinge ab.

Schwere politische Ueberfälle

Ein Toter, drei Schwerverletzte

Bürscheid, 31. Mai. Einige Nationalsozialisten wurden heute nacht gegen 1 Uhr von Kommunisten beschossen, als sie von einer Kundgebung in Wermelskirchen durch Hilgen kamen. Dabei wurde der Nationalsozialist und Polizeibeamte a. D. Kehrer getötet. Drei Nationalsozialisten aus Bürscheid wurden schwer verletzt. Die Täter flüchteten sofort. Einige Beteiligte wurden verhaftet. Es soll sich um einen Racheakt handeln.

Polen sieht nach Westen

Deutsche Regierungskrise, französische Regierungsumbildung und Polen

Warschau, 31. Mai. (Eig. Drahtbericht.) **Die Regierungskrise in Deutschland wird von der polnischen Presse mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, und man ist allgemein der Ansicht, daß auch für Polen gerade in Anbetracht der bevorstehenden Regierungsneubildung in Frankreich die deutsche Regierungskrise eine ungeheure Wichtigkeit besitzt. Die polnische Presse äußert die Ansicht, daß die Regierung Brüning angeblich auf Betreiben einer deutschen Geldkamarilla gestürzt worden ist, und daß es notwendig sei, daß in Frankreich das patriotische Gefühl der neuen Linksregierung ein Gegengewicht zu dem sich jetzt in Deutschland breitmachenden Hitlertum bilde.**

Der Krakauer „Ilustr. Kurjer Codz." stellt fest, daß das, was in Deutschland gegenwärtig vorgehe, keine Ueberraschung sei, aber trotzdem Europa vor einen neuen und sehr gefährlichen Abschnitt der deutschen Politik stelle. Es unterliege keinem Zweifel, daß die kommenden Kräfte in Deutschland in dieser oder jener Form in einer Generalsclique verankert lägen, die sich zwar taktisch, aber nicht ideenmäßig dem Hitlertum gegenüberstelle. Das bedeute aber nicht, daß Europa und insbesondere Polen jetzt das kalte Blut verlieren sollen. Es sei vielleicht sogar besser für Polen und für die ganze Welt, daß man Deutschland in seinem wahren Lichte sehe. Denn Brüning hätte mit seinem Pazifismus und seiner angeblichen Friedfertigkeit nur das wirkliche Aussehen des militaristischen Preußen und des hitlerisierten Reiches maskiert.

Der der Regierung nahestehende Warschauer „Expreß Poranny" glaubt, daß der Rücktritt der Brüning-Regierung auf die bevorstehende Lausanner Reparationskonferenz zurückzuführen sei. Am 16. Juni würden sich in Lausanne Schuldner und Gläubiger Auge in Auge einander gegenüberstehen, und es würde darum gehen, die verschiedenen Ansichten auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Hindenburg, Schleicher und Hitler seien der Ansicht, daß für diese Verhandlungen Brüning zu „weich", zu „demokratisch", zu sehr „weimaranisch", also zu stark im Sinne von Versailles eingestellt sei. Es ginge aber gerade um die Durchstreichung des Versailler Vertrages. Deshalb hätte Brüning vor Lausanne verschwinden müssen. Es wäre der Ansicht des „Expreß Poranny" zufolge gut, wenn die militaristischen Kreise in Deutschland ans Ruder kämen, da sich dann Europa einer klaren Situation gegenübergestellt sehe.

Auch die übrige der Regierung nahestehende Presse äußert ganz ähnliche Ansichten, und der „Kurjer Poranny" schreibt, Hindenburg wolle den Deutschen und der Welt zeigen, daß die Zeit des preußischen Uebergewichts gekommen sei. Man müsse sich daran erinnern, daß Hindenburg ein Schüler von Stein und Treitschke wäre. Das eine sei klar, daß die europäische Kultur einen schwer erkauften Sieg verloren habe und der preußische Hochmut an die Oberfläche komme.

Der rechtsstehende „Kurjer Warszawski" stellt ebenfalls fest, daß die Ursachen für den Rücktritt des Brüning-Kabinetts die Intrigen der Generalskamarilla, der Schwerindustrie und der preußischen Junker seien, die eine Aenderung des Kurses in Deutschland mit ausgesprochener Rechtsorientierung anstreben. Dieses Manöver sei im vollen Umfange geglückt. Die Brüning-Regierung werde einem Rechtskabinett Platz machen müssen, das Vollmachten zur Auflösung des Parlaments erhalten werde. Es unterliege keinem Zweifel, daß die Rechtsregierung im gegenwärtigen Parlament keine Mehrheit finden werde, und deshalb werde es wahrscheinlich zu einer Auflösung des Reichstages und zu Neuwahlen kommen, die den Nationalsozialisten die absolute Mehrheit bringen würden.

Der sozialistische „Robotnik" schreibt, daß mit der Brüning-Regierung das letzte Bollwerk der Demokratie in Deutschland gefallen sei. Die Sozialdemokraten Deutschlands stünden jetzt vor einer sehr schwierigen und sehr verantwortungsvollen Aufgabe.

*

Vielfach wird die deutsche Regierungskrise auch in Zusammenhang gebracht mit den politischen Vorgängen in Frankreich, d. h. mit den letzten Wahlen und der bevorstehenden Neubildung des französischen Kabinetts. Die „Gazeta Polska" schreibt, daß es im nachbarlichen Interesse Polens und im übrigen auch im politischen Interesse ganz Europas liege, wenn sich die Lage in Deutschland kläre. Das wäre ein Vorteil gegenüber dem gegenwärtigen Zustand der Ungewißheit. Außerdem sei zu erwarten, daß, wenn Hitler ans Ruder käme, sich das Wort bewahrheiten würde, daß der Teufel nicht so furchtbar ist, wie man ihn malt, und daß nicht alles so

heiß gegessen wird, wie man es kocht. Auch eine Hitlerregierung würde vor großen, finanziellen, wirtschaftlichen und innerpolitischen Schwierigkeiten stehen, und es würde viel Wasser den Berg hinabfließen, ehe sie ihre innerpolitischen Ziele verwirklichen könne. Im übrigen glaubt die „Gazeta Polska", daß die Machtergreifung durch Hitler in Deutschland die französische Regierungsneubildung beeinflussen würde. Aus den Stimmen der französischen Presse gehe jetzt schon klar hervor, daß die französischen Linksregierungen bezüglich der außenpolitischen Grundsätze dieselbe Linie einhalten würden wie die bisherigen Regierungen, besonders jetzt, da in Deutschland das Ende der Brüning-Regierung gekommen sei und Hitler an die Macht komme.

In ähnlichem Sinne äußern sich auch andere hauptstädtische Blätter. Der „Kurjer Polski" stellt fest, daß die ursprünglich sehr beunruhigte öffentliche Meinung in Polen hinsichtlich der zukünftigen französischen Außenpolitik beruhigt sein könne. Herriot hätte klar erkannt, welches seine Pflichten wären, und ebenso wäre der Führer der französischen Sozialisten, Léon Blum, von einem starken Verantwortungsgefühl als französischer Patriot erfüllt. Dieses Verantwortungsgefühl der französischen Linksführer würde es nicht zulassen, daß sie gleichgültig auf einen Sturm blickten, der von Deutschland gegen Polen und Europa heraufziehe.

Das rechtsstehende „ABC" begrüßt den kürzlich von Herriot veröffentlichten Artikel über die Stabilität des polnisch-französischen Bündnisses enthusiastisch und schreibt, daß jetzt endlich das Spiel mit offenen Karten begonnen hätte. Polen könne auch auf die französischen Linksregierungen als einen treuen Bundesgenossen sehen.

In ähnlichem Sinne äußern sich auch einige andere polnische Blätter aller politischen Richtungen.

Die Regierungskrise in Frankreich

Die französischen Sozialisten grundsätzlich zur Regierungsbeteiligung bereit

Paris, 31. Mai. Im Resolutionsausschuß des sozialistischen Parteitages brachte Léon Blum einen Entschließungstext ein, der 24 Stimmen gegen und 14 auf sich vereinigte und folgendermaßen lautet: Die Partei ist der Ansicht, daß der Ernst der außen- und innenpolitischen Lage es ihr nicht gestattet, ein Angebot der radikalen Partei zur Zusammenarbeit mit der Regierung mit einem glatten Nein zu beantworten. Eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Parteien setzt notwendigerweise ein gemeinsames Programm voraus. Dem Unterausschuß, der die hier anzufügenden Programmpunkte erst noch ausarbeiten soll, gehören u. a. an Léon Blum, Vincent Auriol und Renaudel.

Die Unruhen in Spanien

Insgesamt 11 Tote, 53 Verletzte

Paris, 31. Mai. Nach einer Meldung des „Journal" aus Madrid sind bei den Unruhen am letzten Sonntag in Spanien auf seiten der Extremisten 4 Personen getötet und 40 verletzt worden. Die Polizei zählt 2 Tote und 10 Verletzte. Außerdem sind 5 unbeteiligte Personen getötet und 3 schwer verletzt worden. Insgesamt wurden über 100 Demonstranten verhaftet.

Die letzten japanischen Truppen verlassen Schanghai

Schanghai, 31. Mai. Die letzten japanischen Truppen unter Führung des Generals Uyeda werden heute nachmittag eingeschifft werden, um nach Japan zurückgebracht zu werden. In Schanghai werden lediglich insgesamt 100 japanische Polizisten, Land- und Seesoldaten zurückbleiben. Es handelt sich dabei um das japanische Kontingent, das bereits vor den japanisch-chinesischen Zwischenfällen in Schanghai stationiert war.

Die Heimkehr eines totgeglaubten

Daubmanns Empfang in der Heimat

Wie wir schon gestern meldeten, ist in der Sonnabendnacht Oskar Daubmann nach 16jähriger französischer Kriegsgefangenschaft in Freiburg eingetroffen. Über 3000 Menschen hatten sich auf dem Bahnhof eingefunden, die begeisterte Hochrufe ausbrachten. Im Stationsgebäude, in das nur Bekannte und Verwandte Zutritt hatten, begrüßten dann die Eltern den heimgekehrten Sohn. Die Wiedersehensfreude ließ Daubmann für einen Augenblick völlig zusammenbrechen. Der eigentliche Empfang in Endingen war gestern mittag vorgesehen. Daubmann äußerte jedoch, er wolle von Empfangsfeierlichkeiten nichts wissen. Gestern nachmittag um 3 Uhr ist nun Daubmann in sein Elternhaus in Endingen zurückgekehrt. Weil er Fieber hatte, begab er sich jedoch sofort zu Bett, so daß die von der Stadtverwaltung vorgesehene Empfangsfeier nicht stattfinden konnte. Eine ungeheure Menschenmenge wollte fast das Wohnhaus stürmen, um den Wiedergekehrten zu sehen. Vor dem Hause mußten Posten aufgestellt werden, um die begeisterte Menge zurückzuhalten.

*

Soweit Daubmann erzählen konnte, war er in einem Zwangsarbeiterlager in Algier, zuletzt als Vorarbeiter, beim Straßenbau tätig. Von dort aus glückte ihm die Flucht, die er unter abenteuerlichen Umständen vollbrachte. An der Grenzstation Chiasso wurde Daubmann von dem Vorsitzenden der Regimentsvereinigung des Reserveregiments 111 begrüßt. Der Zurückgekehrte, der früher ein sehr schmächtiger junger Mann war, ist heute groß und stark. Sein Aussehen ist gut, nur ist er sehr mitgenommen von den Strapazen der letzten Monate.

Noch ein mißlungener Ozeanflug

Seattle, 31. Mai. **Das Flugzeug, mit dem der New-Yorker Flieger Browne nach Tokio gestartet war, geriet in Brand und stürzte ins Meer. Browne konnte gerettet werden.**

Der Kabinettsrücktritt in der Presse

Deutschland

Berlin, 31. Mai. Auch die Morgenblätter erörtern eingehend die durch den Rücktritt des Kabinetts Brüning geschaffene Lage. Die „Germania" beschäftigt sich mit der Frage, ob diese „gefahrdrohende Situation" zu vermeiden gewesen wäre. Der jetzige Zeitpunkt, der im Zeichen der intensiven Vorarbeit für die kommenden außenpolitischen Ereignisse stehe, sei zweifellos alles andere als günstig. Man habe einen kühnen Sprung gewagt, ohne zu wissen, ob der Fuß auch einen sicheren Boden erreichen werde. Die „Vossische Zeitung" schreibt, das Kabinett, das jetzt an Stelle des „abgewirtschafteten" Kabinetts Brüning treten soll, kann nur den Uebergang zu einer radikalen Rechtsregierung bilden. Wozu dann die Zeitvergeudung, warum nicht gleich eine klare Situation schaffen? Der „Vorwärts" verlangt, daß ohne Rücksicht auf den Ablauf der politischen Krise die notwendige Schaffung besonders an die notleidenden Volkskreise durch außerordentliche Maßnahmen gesichert werde. Der „Lokal-Anzeiger" meint, daß dieses System an dem Punkt zusammengebrochen sei, an dem seine Stärke lag, nämlich an dem Vertrauensverhältnis zwischen Brüning und Hindenburg.

Das Urteil der Wiener Presse

Wien, 31. Mai. Der Rücktritt Brünings steht im Vordergrund des allgemeinen Interesses und wird von den Blättern mit ausführlichen Berichten über die Vorgeschichte, die letzten Anlässe und die voraussichtliche Lösung der Krise eingehend besprochen. Hierbei findet die Regierungstätigkeit und Person Dr. Brünings lebhafte Anerkennung.

Die „Reichspost" schreibt: Mit einem Nachdruck, aber auch mit einem Geschick wie kein deutscher Staatsmann vor ihm, vertrat Brüning Deutschlands Forderung auf Beseitigung der Reparationen und der ungleichen militärischen Verteidigungsmöglichkeiten. Der Erfolg seiner Außenpolitik war unleugbar, und mit Recht konnte er von seinen Gegnern sagen, daß sie ihm hundert Meter vor dem Ziel in den Arm fallen wollen.

In der „Neuen Freien Presse" heißt es: Es wird bei allen demokratisch Gesinnten Enttäuschung erwecken und Erstaunen, daß mitten in dem Toben der Wirtschaft und der finanziellen Verzweiflung 14 Tage vor der Weltkonferenz über die Reparationen eine Regierung verschwindet, welche eine Mehrheit im Parlament besaß, welche niemals durch ein parlamentarisches Votum geschlagen worden war, und die speziell in der auswärtigen Politik Richtlinien verfolgte, welche heute selbst von einem Hitler-Kabinett nicht anders gezogen werden konnten. Es ist ein Sprung ins Dunkle, den jetzt Deutschland unternimmt. Aber auch Hugenberg hat schließlich den Locarno-Pakt genehmigt. Hitler wird lernen müssen, die Grenzen seiner Macht zu erkennen.

Die „Arbeiterzeitung" ist auf schärfste Ablehnung eingestellt. So behauptet sie u. a., die gesetzgebende Gewalt sei ohnmächtig, die vollziehende Gewalt sei allmächtig geworden, und damit seien die „Generale der Reichswehr zu Herren des Staates" geworden.

Das Organ des Landbundes, „Das Neue Wiener Extrablatt", meint: Brüning hat durch zwei Jahre mit kaum erlebter Selbstopferung eine gewaltige Verantwortung getragen, und sein Name wird in der Geschichte Deutschlands treu fortleben. Man darf nicht daran zweifeln, daß die Rechte ihren Sturm zur Eroberung der Macht fortsetzt, aber Brünings Außenpolitik unter allen Umständen ihren Kurs beibehalten muß.

Englische Blätterstimmen

London, 31. Mai. Besonders ausführlich befassen sich die heutigen „Times" mit dem Rücktritt des Kabinetts Brüning, den sie auch im Hinblick auf die Lausanner Konferenz behandelt. Das Blatt widmet dem scheidenden Reichskanzler warme Worte der Anerkennung. Dr. Brüning, so schreibt es, habe während zweier Jahre sein Amt mit einer Stetigkeit, Entschlossenheit und politischer Geschicklichkeit geführt, die ihm einen gesicherten Platz unter den hervorragendsten Staatsmännern Europas verschafft haben. Sein Ausscheiden könne die ernstesten Folgen für die innere Stabilität Deutschlands haben. Das Blatt wendet sich dann dem Notverordnungswerk der verflossenen Regierung zu, von dem es erklärt, es sei „der stählerne Rahmen" gewesen, der „das zerreißende Gewebe" zusammengehalten habe. Es sei nur natürlich, daß solche Maßnahmen nicht zu Brünings Volkstümlichkeit beigetragen haben, aber daß sie ohne hellen Aufruhr entgegengenommen wurde, beweise, daß die Mehrheit des deutschen Volkes tiefes Vertrauen in das Pflichtgefühl und die selbstlose Vaterlandsliebe von Reichskanzler und Reichspräsident gesetzt habe. Und in der Tat sei Dr. Brünings Charakter so, daß er jeden Verdacht parteiischer oder niedriger Beweggründe ausschließe. Das Geschick des Reichskanzlers in der Behandlung des Parlaments wird rühmend hervorgehoben, dem Vertrauen der Mehrheit des Reichstages gesellte sich das des Reichspräsidenten: eine Gemeinschaft, die niemals so eng erschien, wie während der Präsidentschaftswahlen im März und April. In diesem Zusammenhang weist das Blatt darauf hin, daß Dr. Brüning der erste Kanzler der deutschen Republik ist, der nicht durch ein Mißtrauensvotum des Reichstages gestürzt wurde und bezeichnet diesen Umstand als sehr bedeutungsvoll.

In der Besprechung der Folgen des Rücktritts auf die Lausanner Konferenz wird auf die letzte Reichstagsrede des Kanzlers zurückgegriffen und behauptet, daß die Bedingungen Dr. Brünings undenkbar seien und im Widerspruch zu dem Baseler Sachverständigenbericht stehen. Das Blatt polemisiert dagegen, weil es befürchtet, daß eine solche Haltung einer Verständigung auf der Konferenz nicht förderlich sein kann. In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, daß „die Zahl der Franzosen, die für eine vernünftige Regelung eintreten, im Zunehmen ist."

Ueber die Neubildung des deutschen Kabinetts wird wenig gesagt: alles, was sich im Augenblick sagen lasse, sei, daß es den Anschein habe, als ob eine Periode politischer Ungewißheit folgen werde. Die Sozialisten zeigten die Neigung, sich im Hintergrund zu halten, die Parteien der Rechten würden mächtiger.

„Finanzial News" bedauert, daß noch ein weiterer Faktor der Unsicherheit in eine an sich schon ausreichend schwierige Lage gebracht worden sei. Dr. Brüning habe als der starke Mann gegolten, unter dessen Führung Deutschland imstande gewesen wäre, den Sturm zu überstehen. Mit ihm verschwinde ein Bollwerk gegen den Radikalismus von links und rechts. Dadurch würden Kräfte frei, deren Größe im Augenblick noch nicht zu übersehen sei. Dennoch drückt das Blatt die Hoffnung aus, daß Deutschland in Genf und Lausanne eine entgegenkommende Haltung zeigen werde. In der Reparationsfrage stehe zwar die deutsche Haltung fest. Aber eine mehr parlamentarische Regierung werde vielleicht eher in der Lage sein, gegenüber anderen Staaten versöhnlich aufzutreten als eine unbeliebte diktatorische Regierung.

„Finanzial Times" sagen: Der Sturz der deutschen Regierung komme in ungeeignetstem Augenblick. Das Blatt hofft, daß die Nationalsozialisten sich nicht in die Lausanner Verhandlungen einmischen werden, so daß dort eine Politik der Zusammenarbeit zustande kommen könne.

Brüning im Licht der französischen Presse

Paris, 31. Mai. Die gestrigen Ereignisse in Deutschland sind auch hier das alles beherrschende Thema der heutigen Presse.

„Journal" hält es für bedauerlich, daß sich die politische Lage in Deutschland so entwickelt habe. Allein, es sei immer besser, klar zu sehen, gerade jetzt, wo Frankreich selbst beginne, sich über seine politische Orientierung schlüssig zu werden und sich anschicke, nach Lausanne zu gehen. Hoffentlich würden die kommenden Männer in Frankreich auf der Hut sein und Deutschland so sehen, wie es wirklich ist.

„Petit Parisien" erklärt, am Vorabend der Lausanner Konferenz dürfe man weder in London noch in Washington und Paris allzu große außenpolitische Befürchtungen hegen. Vom deutschen Gesichtspunkt aus wäre es sicherlich besser gewesen, wenn Brüning wenigstens bis zur Lausanner Konferenz geblieben wäre. Denn, so behauptet das Blatt, der deutsche Reichskanzler habe die deutsche Lage zu maskieren verstanden. Jetzt aber sei der Schleier gefallen, und wenn man nun den Dingen ins Antlitz sehen könne, so sei das vom internationalen Standpunkt aus vielleicht besser.

London, 31. Mai. Die Nachricht von dem Rücktritt des Kabinetts Brüning wird von der ganzen Presse in ihrem vollen Ernst erkannt und gewürdigt. Die Blätter richten vor allem ihre Aufmerksamkeit auf die außenpolitischen Folgen des Ereignisses, insbesondere im Hinblick auf die Konferenzen in Lausanne und Genf.

Laut „Daily Telegraf" vertrat man gestern abend in Regierungskreisen die Auffassung, daß der Rücktritt des Reichskabinetts eine vollkommen neue Lage geschaffen habe. Premierminister Macdonald, der sich zurzeit noch in Lossiemouth befindet, sei am Nachmittag von der Demission Dr. Brünings unterrichtet worden. Der Termin seiner Rückkehr nach London werde in gewissem Grade davon abhängen, wie die Minister, die morgen zu einer Kabinettssitzung zusammentreten werden, die Lage in ihrer Beziehung auf die Lausanner Konferenz beurteilen.

Die New-Yorker Presse

New York, 31. Mai. Die Morgenpresse befaßt sich eingehend mit dem Rücktritt des deutschen Reichskanzlers sowie mit dem Echo, das dieser Schritt in Paris und London hervorgerufen hat. Während „Herald Tribune" seinen Leitartikel mit „Deutschland geht nach rechts" überschreibt, meinen „Times", daß dieser Regierungswechsel in Deutschland nicht so störende Wirkungen haben dürfte, als viele anzunehmen geneigt seien. Der „starke Turm" Hindenburgs könne nicht so leicht unterminiert werden. Auf der anderen Seite könnte jetzt aber der Aufgabenkreis der Lausanner Konferenz erweitert werden, so wie es bereits von Macdonald befürwortet worden war. Die französischen und englischen Staatsmänner müßten jetzt die Notwendigkeit einsehen, über eine bloße Diskussion des Reparations- und Kriegsschuldenproblems hinauszugehen und die europäische Wirtschaft sowie das Vertrauen der Staaten untereinander wieder herzustellen. Wenn die Konferenz in Lausanne durch die gegenwärtige politische Lage bis zu einem gewissen Grade in ein kritisches Stadium getreten sei, dann gerade sei sie um so notwendiger.

Der Buren Freiheitskampf

1902 — 31. Mai — 1932

Von Th. von Zeska

Ende dieses Monats sind dreißig Jahre vergangen, daß mit dem Friedensschluß von Pretoria am 31. Mai 1902 die freien Burenrepubliken in Südafrika, der Oranjefreistaat und Transvaal, unter die Oberhoheit Englands kamen und mit der englischen Kapkolonie zur Südafrikanischen Union vereinigt wurden. Ein neuer Abschnitt begann damit für die südafrikanische Entwicklung, die bis auf den heutigen Tag gekennzeichnet ist durch das zielbewußte Streben der Burennachkommen, der Afrikaans, nach Wiedererlangung der verlorenen Selbständigkeit und Freiheit.

Mit übermenschlicher Kraftanstrengung hatte sich das Burenvolk drei Jahre lang von 1899 bis 1902 gegen den englischen Imperialismus zur Wehr gesetzt, bis es der militärischen Uebermacht und dem zermürbenden seelischen Einfluß durch die berüchtigten Konzentrationslager der Engländer, in die man die Frauen und Kinder der um ihre Freiheit kämpfenden Buren einschloß, gelang, seine Selbständigkeit zu brechen. Aber wenn sich die Buren damals auch der äußeren Gewalt beugen mußten, so war damit innerlich ihr Wille zur Freiheit nicht gebrochen. Weder die den Buren nach dem Friedensschluß von Pretoria gewährte Amnestie noch die Zulassung der holländischen Sprache in Gericht, Schule und Verwaltung oder die zugebilligte Autonomie und Beihilfe von 60 Millionen RM. zum Wiederaufbau der durch den Burenkrieg zerstörten Farmen es vermocht, die Buren zu willfährigen englischen Untertanen zu machen. Schon bald nach dem Kriege setzte ein mit zäher Ausdauer geführter politischer Kampf um die Wiedererlangung der verlorenen Freiheit ein. Und diesem zähen Kampf hatten sie es zu danken, daß sie in der neuen Verfassung von 1910 eine weitgehende Anerkennung ihrer völkischen und kulturellen Forderungen durchsetzen konnten. Trotzdem aber blieben die Gegensätze zwischen den Afrikaans und Engländern, die nach wie vor als Eindringlinge betrachtet wurden, in unverminderter Stärke bestehen. Die erzielten Erfolge wurden nur als Etappen auf dem Wege zur völligen Freiheit angesehen. Es war daher auch für Eingeweihte keine Ueberraschung, daß die Afrikaans bei Ausbruch des Weltkrieges keineswegs begeistert die Partei Englands ergriffen. Vielmehr erklärten sich viele Burenführer, so die Generale De Wet, Kemp und Beyers offen für Deutschland und versuchten, mit ihren Truppen nach Deutsch-Südwestafrika durchzubrechen. Wenn ihr Vorhaben damals auch mißlang und sie sich der englischen Gewalt fügen mußten, so bewies diese Tatsache doch schlagartig den tiefverwurzelten Haß gegen England und die innere Verbundenheit mit dem deutschen Wesen, die nach dem Kriege eine starke Stütze in dem jetzigen, seit 1924 regierenden Ministerpräsidenten General Hertzog fanden.

Die Südafrikanische Union hat es ganz besonders dieser zielbewußten Führung Hertzogs, der sich bereits als Unterführer im Burenkriege einen Namen machte, zu verdanken, wenn sie mit den Jahren immer größere Fortschritte auf dem Wege der Wiedererlangung völliger Freiheit und Unabhängigkeit verzeichnen konnte. An der Spitze der von ihm 1912 gegründeten Nationalistischen Burenpartei hat Hertzog einen unerbittlichen Kampf gegen den englandfreundlichen Kurs der Ministerpräsidenten Botha und Smuts geführt, bis es ihm gelang, im Jahre 1924 selbst die Regierung zu übernehmen. Eine seiner ersten Taten war es damals, daß er an Stelle der bisherigen englischen Hoheitsflagge eine eigene Unionsflagge für die Südafrikanische Union durchsetzte und damit auch äußerlich zum Ausdruck brachte, daß Südafrika ein selbständiger Staat sein wollte. Das seit dem Weltkrieg in immer stärkerem Maße zum Durchbruch gekommene Verlangen der Völker nach Selbstbestimmung zwang auch England zu dem Schritt, Südafrika und seinen anderen Dominien weitgehende Zugeständnisse hinsichtlich staats- und völkerrechtlicher Gleichberechtigung zuzubilligen. Aber die Südafrikanische Union blieb weiterhin ein Glied des englischen Weltreichs und Mitglied des großen britischen Reichsverbandes, was sich nach außen hin durch die Person des vom englischen König eingesetzten Generalgouverneurs, des Statthalters der englischen Krone, in Pretoria dokumentiert. Kein Wunder, daß sich in der Union in den letzten Jahren immer mehr und lautere Stimmen gegen dieses letzte Hoheitszeichen der englischen Krone vernehmen ließen, das noch beseitigt werden muß, um ganz frei und unabhängig als selbständige Republik neben England auftreten zu können.

Der Freiheitswille Südafrikas zeigt sich neuerdings auch in verstärktem Maße auf handelspolitischem Gebiet. Die Macht des Goldes, die einst England mitbestimmte, die Burenrepubliken sich untertan zu machen, haben die Afrikaans mittlerweile verstanden, sich selbst nutzbar zu machen. Unabhängig von England hat sich die Union vor geraumer Zeit eine eigene Währung geschaffen, die zu 40 Prozent durch Gold gedeckt ist. Als England und die Dominien im vorigen Jahr den Goldstandard aufgaben, folgte die Union diesem Schritt nicht. Die dadurch für ihren Handel entstehenden Schwierigkeiten wußte sie aber geschickt durch eine Exportprämie von 10 Prozent und hohe Dumpingzölle auf alle Waren, die aus Ländern importiert wurden, die von der Goldwährung abgegangen waren, zu parieren. Die Folge war, daß der bereits in den letzten Jahren immer mehr zurückgegangene Handel mit den außerenglischen Ländern von Jahr zu Jahr an Bedeutung zunahm. Infolgedessen verspürt man in der Union auch wenig Neigung, die bisherige enge handelspolitische Bindung an England noch weiterhin aufrechtzuerhalten. Die Situation ist für die Union äußerst günstig, sich auch dieser letzten Fessel zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit von England zu entledigen. Die Reichskonferenz von Ottawa bietet dazu die beste Gelegenheit. Daß England diese Gefahr erkannt hat, dafür ist der beste Beweis, daß es in seinem neuen Zolltarif den allgemeinen Zollsatz von 10 Prozent auf Waren aus den Dominien, Kolonien und Mandatsgebieten zunächst bis zum 15. November d. J. außer Kraft gesetzt hat. Ob es England gelingen wird, den ohne Zweifel zu erwartenden stärksten Widerstand Südafrikas gegen den Abschluß eines neuen Reichshandelsvertrages in Ottawa zu überwinden, werden die Verhandlungen bald ergeben. Heute aber unterliegt es schon keinem Zweifel, daß Hertzog keinerlei neuen Abmachungen zustimmen wird, die geeignet sein könnten, die völlige Freiheit der Union irgendwie zu gefährden

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: i. V. **Erich Jaensch.** Für Handel und Wirtschaft: **Erich Loewenthal.** Für die Teile Aus Stadt und Land und den Briefkasten: **Erich Jaensch.** Für den übrigen redaktionellen Teil: **Alexander Jursch.** Für den Anzeigen- und Reklameteil: **Hans Schwarzkopf.** Verlag „Posener Tageblatt". Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.
Druck: Concordia Sp. Akc.

Posener Kalender

Dienstag, den 31. Mai

Sonnenaufgang 3.37, Sonnenuntergang 20.04; Mondaufgang 1.39, Monduntergang 16.12.

Heute 7 Uhr früh: Temperatur der Luft + 13 Grad Cels. Südostwinde. Barometer 744. Heiter.

Gestern: Höchste Temperatur + 22, niedrigste + 11 Grad Cels. Niederschläge 2 mm.

Wettervoraussage für Mittwoch, den 1. Juni

Abnehmende Bewölkung und nur noch geringe Niederschlagsneigung. Ansteigende Tagestemperaturen. Schwache westliche Winde.

Wasserstand der Warthe am 31. Mai + 0,40 m.

Wohin gehen wir heute?

Teatr Polski:
Dienstag: „Baby". (Premiere.)
Mittwoch: „Baby".

Teatr Nowy:
Dienstag: „Der fröhliche Teilhaber".
Mittwoch: „Der fröhliche Teilhaber".
Donnerstag: „Der fröhliche Teilhaber".

Kinos:
Apollo: „Pleite der Firma Cohn". (5, 7, 9 Uhr.)
Colosseum: „Troubadour". (5, 7, 9 Uhr.)
Metropolis: „Der Geheimdetektiv". (½5, ½7, ½9.)
Słońce: „Der Liebesdieb". (5, 7, 9 Uhr.)
Wilsona: „Der Sohn der weißen Berge". Ufa-Film. (5, 7, 9 Uhr.)

Nachtdienst der Apotheken vom 28. Mai bis 4. Juni. Altstadt: Apteka Czerwona, Stary Rynek 37; Apteka Zielona, ul. Wrocławska 31; Apteka im. Marcinkowskiego w Bazarze, ulica Nowa; Apteka ul. 27. Grudnia, ul. 27. Grudnia. Wilda: Apteka „Pod Koroną", Górna Wilda Nr. 61. — Jersitz: Apteka „Pod Gwiazdą", ul. Kraszewskiego 12. — Lazarus: Apteka Łazarska, ul. Maleckiego.

Kleine Posener Chronik

X **Beim Baden ertrunken?** Am Ufer der Warthe wurde ein Trikotkleid, Hemd, Unterrock, Damenhut, ein Gebetbuch und verschiedene andere Kleinigkeiten vorgefunden. Wie aus einer Invalidenkarte hervorgeht, handelt es sich um eine gewisse Sofie Sztudlarek, geboren am 14. April 1914, die aus Kreising stammt.

Zwangsversteigerungen

X **Donnerstag**, 2. Juni, vorm. 11 Uhr, im Gutshofe Gluszyn, Kreis Posen, Eisenbahnstation Kreising: eine Dreschmaschine „Wolff", ein Elevator „Cegielski", Strohpresse, fünf Getreidemähmaschinen, eine Sämaschine „Sack", Kleesämaschine, Kartoffelsortierer, Salpetermühle, Häckselschneidemaschine, 4 Eggen, 2 Arbeitswagen, 28 Leitern, verschiedene weitere Wirtschaftsgeräte.

Liquidationsversteigerung

X **Mittwoch**, 1. Juni, vorm. 11 Uhr, und Donnerstag, 2., Freitag, 3. und Sonnabend, 4. Juni, in der ul. 27 Grudnia 2, im Hofe 2 Tr.: eine Partie Metallbettstellen, Waschtischgarnituren, Garderoben- und Blumenständer, Eß- und Kaffee-Service, Brot- und Fleischschneidemaschinen, ein größerer Posten Bier-, Tee- und Wassergläser, Porzellanteller, verschiedene Lampen und andere Wirtschafts- und Küchengeräte.

Fahrpreisermäßigung für Besucher der Kriegsplakateausstellung

Wie ein Posener Blatt zu melden weiß, hat das Verkehrsministerium für Besucher der Kriegsplakateausstellung in Posen infolge der Bemühungen der Ausstellungsleitung Bahnermäßigungen für Ausflugsgruppen zugebilligt, falls sie sich aus mindestens 10 Personen zusammensetzen. Für Schulausflüge beträgt die Ermäßigung 50%, für andere 25% der Normalpreise. Das Ausstellungskomitee hat seinerseits für Ausflüge den Eintrittspreis auf 30 Groschen pro Person herabgesetzt. Denselben ermäßigten Preis genießen alle anderen Gruppen von Besuchern, die mehr als 10 Personen zählen, wie auch Kinder, Schüler und Arbeitslose. Die Ausstellung, die wir bereits in einem längeren Artikel „gewürdigt" haben, der natürlich das Mißfallen der betreffenden Kreise um den „Kurjer Poznański" erregte, sollte auch von historisch interessierten Deutschen besucht werden, um ein Bild zu gewinnen, mit welchen Mitteln verhetzende Propaganda getrieben wurde.

Filmschau

„Der Liebesdieb"

Im Kino „Słońce" ist dieser lustige Film zu sehen, der in Deutschland unter dem Titel „Der Einbrecher" mit Lilian Harvey und Willi Fritsch über die Leinwand rollte und einen ungeheuren Erfolg hatte. Hier spielen Blanche Montal und Henri Garat die Hauptrollen. Der Inhalt unterscheidet sich nicht viel von den zahllosen Tonfilmoperetten, die man jetzt zu sehen bekommt. Es geht wieder einmal um die Launen einer Frau, die diesmal darauf verfällt, sich in einen Einbrecher zu verlieben, der sich selbstverständlich, als es zum happy end kommt, als Gentleman und Dichter entpuppt. Die Musik ist gut. Henri Garat erfreut durch sein scharmantes Wesen. Nur die Schauspielerin Blanche Montal bereitet eine große Enttäuschung, und man wäre froh, wenn statt ihrer die kleine blonde Lilian ihre netten Dummheiten machte. — Es gibt ja genug Menschen, die auch der Lilian jedes schauspielerische Vermögen absprechen. Sie sollten sich die Blanche Montal ansehen; sie werden dann die Lilian für ein schauspielerisches Genie erklären. ub.

Ein Spitzbube wird angeschossen

Er wollte der Polizei ausrücken

X **Posen, 31. Mai.** **Ein tragischer Vorfall ereignete sich am vergangenen Sonnabend in Owińsk, Kreis Posen. Dort begegnete der Polizeibeamte Sniadek um Mitternacht einer verdächtigen Mannsperson, die er aufforderte, sich zu legitimieren. Der Mann ergriff die Flucht, wurde aber von vorbeigehenden Personen festgehalten. Als er dem Polizeibeamten übergeben wurde, versuchte er sich loszureißen. Dabei fiel aus dem Revolver des Polizeibeamten ein Schuß, der den Unbekannten in die Brust traf. Die erste Hilfe erteilte dem Verletzten der Arzt Dr. Nadolski, und die hinzugerufene ärztliche Bereitschaft brachte ihn in das Städtische Krankenhaus. Wie später festgestellt wurde, handelt es sich um den 22jährigen Michael Matysiak, Hinterwallischei 4, in dessen Besitz eine Handtasche mit einem Revolver und verschiedene Einbrecherwerkzeuge gefunden wurden. Es wird vermutet, daß Matysiak einen Einbruchsdiebstahl verüben wollte.**

X **Posen, 30. Mai.** Vor der verstärkten Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatten sich die bereits vielfach vorbestraften Karl Szubczyński, Boleslaus Tomaszewski und Felix Bok wegen Diebstahls bzw. Hehlerei zu verantworten.

Den beiden ersten Angeklagten wird ein Einbruchsdiebstahl vorgeworfen, bei dem sie wertvolle Goldsachen entwendeten und diese dem der Hehlerei Angeklagten Bok für 100 Złoty verkauften.

Die Beweisaufnahme ergab die Schuld der Angeklagten. Der Staatsanwalt beantragte strenge Strafen, vor allen Dingen gegen den Hehler Bok, da es, wie der Staatsanwalt ausführte, keine Diebe gäbe, wenn nicht Hehler wären. Nach längerer Beratung wurde der Angeklagte Szubczyński zu 8 Monaten, Tomaszewski und Bok zu je einem Jahre Gefängnis verurteilt. — Zu bemerken sei hier, daß Szubczyński, wie wir vor kurzem berichteten, dem ihn transportierenden Polizeibeamten, der einen Schwächeanfall auf dem Sapiehaplatz erlitt, durch die Lappen gegangen war.

X **Posen, 30. Mai.** Im Forst des Gutes Wąsowo, Kreis Neutomischel, das von Frau Dora von Heiden verwaltet wird, wurden in letzter Zeit sehr viel Holzdiebstähle verübt. Der dort seit vielen Jahren beschäftigte 72jährige Feldaufseher Stanislaus Olesik begegnete auf seinem Patrouillengange am 21. März d. Js. einigen mit Holz beladenen Männern. Dem Rufe, stehen zu bleiben, leisteten die Männer nicht Folge. Der darüber empörte Feldaufseher gab nun zwei Schreckschüsse aus einem Revolver ab. Ein Schuß traf den auf einer Anhöhe befindlichen Bernhard Switala in die Stirn, so daß er sofort zusammenbrach. Der Feldaufseher Olesik wurde unter Anklage gestellt und hatte sich vor der verstärkten Strafkammer des hiesigen Landgerichts unter dem Vorsitz des Landrichters Dr. Japa wegen Totschlags zu verantworten.

Der Angeklagte, der vom Rechtsanwalt Karboński verteidigt wird, gibt an, daß er den Schuß in einer ganz anderen Richtung abgegeben habe. Anscheinend sei die Revolverkugel von einem Baumstamm abgeprallt und habe den Switalski getroffen.

Der als Zeuge vernommene Polizeibeamte Prymas bestätigte die Angaben, daß tatsächlich die dort in letzter Zeit ausgeführten Holzdiebstähle zur Plage geworden seien.

Nach der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt Góralewicz die Bestrafung des Angeklagten nach dem Gesetz. Der Verteidiger bat mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des alten Mannes, der seinen Dienst viele Jahre zur Zufriedenheit seines Arbeitgebers ausübt und die Tat nicht mit Absicht ausführte, als Fahrlässigkeit anzusehen und milder zu beurteilen.

Das Gericht trat den Ausführungen des Verteidigers bei und verurteilte den Angeklagten gemäß § 222 (fahrlässige Tötung) zu 6 Monaten Gefängnis. Mit Rücksicht auf seine bisherige Unbescholtenheit wurde dem Verurteilten eine Bewährungsfrist von 3 Jahren gewährt.

Die Unterschlagungen des Staatsanwalts Dembecki

X **Posen, 30. Mai.** Am vergangenen Freitag beschäftigte sich das Höchste Gericht in Warschau mit der Unterschlagungsaffäre des früheren Staatsanwalts Dembecki. Das Urteil des hiesigen Appellationsgerichts als Berufungsinstanz wurde aufgehoben und eine erneute Berufungsverhandlung im Thorner Appellationsgericht angeordnet.

Ein wichtiges Urteil für die hiesigen Bäckereibetriebe

X **Posen, 30. Mai.** Vor dem hiesigen Bezirksgericht unter Vorsitz des Landrichters Tomkiewicz hatte sich der Bäckermeister Leon Nowicki aus Posen, ul. Leonarda, wegen Nahrungsmittelfälschung zu verantworten. Die Anklage legt dem Angeklagten zur Last, in den Brotteig alte aufgeweichte Semmeln hineingemischt zu haben..

Der Angeklagte, der vom Rechtsanwalt Czerwiński verteidigt wird, gibt die Tat zu, erklärt aber, daß diese Semmelverarbeitung von vielen anderen Bäckern auch geübt werde, da das Brot durch diese Mischung schmackhafter würde und ein besseres Aussehen erhalte.

Das Gericht war jedoch anderer Ansicht und verurteilte den Angeklagten zu 50 Złoty Geldstrafe oder 5 Tagen Gefängnis im Falle der Uneintreibbarkeit und Tragung der Gerichtskosten. Das Urteil wurde damit begründet, daß in diesem Falle eine Uebertretung der Verordnung des Staatspräsidenten vom 22. März 1928 vorliege, die ausdrücklich besagt, daß selbst ein Zusatz, der dem Vorteil des Konsumenten diene, ohne die Bezeichnung, daß in der betreffenden Ware eine Mischung enthalten sei, verboten wäre. Jeder Käufer habe das Recht, Ware ohne Mischung zu verlangen. Das Gericht erblickte in der Beimischung der alten Semmeln einen Vorteil für den Bäckermeister, der seine alte Ware verarbeiten wollte, um keinen Schaden zu erleiden.

Moniuszko-Feiern in Posen

Auf den 4. Juni fällt der 60. Todestag des polnischen Komponisten Stanisław Moniuszko. Aus diesem Anlaß werden große Feiern auch in Posen veranstaltet. Sie beginnen hier am 3. Juni um 9 Uhr abends mit einem sogen. Zapfenstreich der Sänger. Am Sonnabend, dem 4. Juni, finden um 5 Uhr nachmittags auf den öffentlichen Plätzen Konzerte statt. Für 6 Uhr ist eine Radio-Feier angesetzt. Um 8.30 Uhr ist auf dem Markusplatz (Messegelände) die Freilicht-Aufführung der Oper „Straszny Dwór" vorgesehen. Die Organisation liegt in den Händen des Direktors Wojciechowski. Als Abschluß ist ein Feuerwerk vorgesehen. Bei schlechtem Wetter würde die Aufführung im Teatr Wielki stattfinden. Am 9. Juni, abends wird die Kapelle der „Bratnia Pomoc" vom Rathausturm die Polonaise aus der „Halka" zu Gehör bringen. Für Sonntag, den 5. Juni, ist ein sehr reichhaltiges Programm bestimmt worden: um 10 Uhr findet in der Pfarrkirche ein Gottesdienst statt, bei dem der Infulat Klos die Predigt halten wird. Nach dem Gottesdienst wird vom Neuen Markt ein Umzug nach dem Moniuszko-Denkmal stattfinden. Um 11.30 Uhr versammeln sich auf dem Plac Wolności 14 Schülerchöre und singen unter der Leitung von Prof. Lerch drei Lieder von Moniuszko, um sich dann dem Umzuge anzuschließen. Vom Rathausturm ertönen um 12 Uhr Fanfaren der „Bratnia Pomoc". Für 12.30 Uhr ist eine Feier am Moniuszko-Denkmal vorgesehen. Abends findet unter der Leitung von Prof. Nowowiejski ein Konzert statt. Das Protektorat der Moniuszko-Feierlichkeiten haben neben dem Primas Dr. Hlond Vertreter der höchsten Zivil- und Militärbehörden übernommen.

Eisenbahnfahrpläne auf allen Stationen

fk. Die alle Linien der polnischen Staatseisenbahn umfassenden Wandfahrpläne zählen 42 Bogen. Da auf kleineren Stationen infolge Platzmangels die Aushängung dieses Gesamtfahrplanes auf Schwierigkeiten stößt, hat sich das polnische Verkehrsministerium entschlossen, um dem reisenden Publikum auf allen Stationen Orientierungsmöglichkeiten zu geben, einen Zusatzwandfahrplan in einem größeren Bogen herauszugeben, der alle wichtigen Verbindungen der polnischen Staatseisenbahn enthält. Dieser Fahrplan wird auf allen Stationen und Haltestellen der Staatsbahn ausgehängt werden.

Kempen

gr. **Dieb im Rathaus.** Nachts drang durch das Haupttor wahrscheinlich mit Hilfe von Nachschlüsseln in das Rathaus ein Dieb ein. Zuerst durchsuchte er das Zimmer des Bürgermeisters, wo er sämtliche Schubladen öffnete. Der Eindringling wurde wohl in seiner Arbeit gestört, da er die Tischlampe in diesem Zimmer durch Unachtsamkeit zerschlug und unerkannt entkam.

Jarotschin

fk. **Zwei Pferde vom Blitz erschlagen** Wie erst jetzt bekannt wird, schlug bei dem Gewitter am vergangenen Sonntag ein Blitz in den Pferdestall des Besitzers Wojtczak in Noskowo und tötete die darin befindlichen beiden Pferde. W. erleidet dadurch einen Schaden von 1500 Złoty. Die beiden Tiere waren die wertvollsten in der ganzen Umgegend.

Ostrowo

+ **Einbruch.** In die Wohnung des Tischlermeisters Grossek, Raschkower Straße, drangen Einbrecher mittels eines Nachschlüssels ein, die Wäsche und Bettbezüge im Werte von 250 zł stahlen. Die Polizeiorgane haben eine Untersuchung eingeleitet.

Die fatale Lage der Krankenkassen

Unglaubliche Zustände

Am Sonntag tagte in Warschau der Generalkongreß des polnischen Aerzteverbandes. In der Diskussion über die Berichterstattungen wurden eine Reihe von Nöten des Aerztestandes besprochen, wie z. B. die fatale Wirtschaft der Krankenkassen, durch die Patienten und Aerzte so sehr benachteiligt werden. Der Verband warnt die betreffenden Sozialinstitutionen davor, die Aerzte zu zwingen, den gerichtlichen Weg zu beschreiten. Besonderes Interesse erweckte ein Referat des Dr. Swiątecki aus Bromberg. Da den Krankenkassen der Bankerott drohe, werde mit Gewalt reduziert, und dabei würden in erster Linie die Aerzte geschädigt.

Im Posener Gebiet betragen die rückständigen Geldleistungen an die Aerzte 1 300 000 zł, in Pommerellen schuldeten die Kassen den Aerzten 600 000 zł.

Die Debatte über das Referat des Dr. Swiątecki war sehr lebhaft. Man stellte die immer größer werdende Verarmung des Aerztestandes fest. Der anwesende Direktor des Versicherungsdepartements im Arbeits- und Wohlfahrtsministerium erklärte, daß das Ministerium sich bemühen werde, einen engen Kontakt mit den Aerzten anzuknüpfen, um direkt das Verhältnis der Aerzte zu den Krankenkassen festzulegen.

Posener Tennisturnier

Erstklassige Besetzung

Das Tennisturnier um die Meisterschaft von Posen, das am Mittwoch auf den A Z. S.-Plätzen am früheren Goethepark beginnt, dürfte, wenn nicht alle Zeichen trügen, eine Sportschau ersten Ranges werden. Es ist der Turnierleitung gelungen, fast alle Spitzenspieler Polens für die Teilnahme zu gewinnen. Auf der Nennungsliste stehen Tloczyński, die Brüder Stolarow, Hebda, Warmiński, Popławski usw. Leider fehlt der Kattowitzer Wittmann. Aus Krakau erwartet man Nawratil und Horain. Die Liste der Damen wird noch ergänzt durch Lilpopówna und Jużanka. Die Herrendoppelkombinationen Wanmiński-Tloczyński, Brüder Stolarow und Hebda-Popławski bürgen für hervorragende Kämpfe in den Doppelspielen. Ueberhaupt könnte man das Posener Turnier, nach der Besetzung zu urteilen, als inoffizielle polnische Meisterschaften bezeichnen. So ein Turnier hat sich Posen schon lange gewünscht.

Lissa

k. **Wie Lissa seinen Arbeitslosen geholfen hat.** Das hiesige Arbeitslosenkomitee hat anläßlich des Abschlusses der außerordentlichen Hilfaktion für die Arbeitslosen einen Tätigkeitsbericht herausgegeben, der die Zeit vom 1. Oktober 1931 bis 15. Mai 1932 umfaßt. Aus diesem Bericht geht hervor, daß in dieser Zeit folgende Einnahmen gebucht werden konnten: freiwillige Spenden 13 139,96 Złoty; vom Wojewodschaftsamt 3000 Złoty; vom Kreiskomitee 11 000 Złoty; von Straßensammlungen 771,21 Złoty. Für Unterstützungen in bar und Naturalien wurden 20 347,49 Złoty, für den Ankauf von Lebensmitteln für die städtische Küche 4135,74 Złoty, für Ankauf und Abfuhr von Kohlen 2003,50 Złoty, für Drucksachen 56 Złoty verausgabt. Der Wert der gesammelten Naturalien betrug bei Zucker u. ä. 1694,78 Złoty; bei Lebensmitteln 4546,08 Złoty; bei Kohlen 10 400 Złoty; bei Bekleidungsstücken 777,80 Złoty. Das Komitee fühlt sich am Ende der diesjährigen Arbeit verpflichtet, dem Kreiskomitee, den Aemtern, dem Militär, dem Verein der christlichen Kaufleute, der Firma Schneider und Zimmer, Dampfmühlen-A.-G., sowie der gesamten hiesigen Bürgerschaft, die sich an der Hilfsaktion für die Arbeitslosen beteiligt haben, seinen Dank auszusprechen.

k. **Das Haus „Unter den Säulen"**, dessen bisheriger Besitzer Herr Willibald Stolpe war, ist bei der am vergangenen Sonnabend am hiesigen Burggericht stattgefundenen Versteigerung für den Preis von 72 000 Złoty in den Besitz des Herrn Brauereibesitzers Schneider übergegangen.

Znin

y. **Ein Lebensüberdrüssiger.** Der Altsitzer Walenty Słomkowski in Jaroszewo hat vor einigen Tagen seinem Leben durch Erhängen ein Ende bereitet. Erst einen Tag später fand ihn seine Tochter leblos am Schrank in seinem Zimmer. Was den Alten zu dem unseligen Schritt getrieben hat, bedarf noch der Aufklärung.

Mißglückter Raubüberfall

Gastwirtsfrau schießt scharf

v. **Althütte bei Czarnikau, 30. Mai.** **Am gestrigen Sonntag erschienen zwei Männer im Gasthause und verlangten von der Gastwirtsfrau die Herausgabe des Geldes. — Ihr Mann war am Morgen nach Czarnikau abgereist. — Die Frau ließ sich jedoch nicht einschüchtern, sondern drohte den Banditen, wenn sie nicht baldigst das Lokal verlassen, mit dem Revolver. In der Annahme, der Frau sei es mit ihrer Drohung nicht ernst, forderten die beiden wieder das Geld. Kurz entschlossen drückte daher die Frau ab und traf einen der Indiviuen ins Bein, worauf nun beide schleunigst das Weite suchten. Eine polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet worden. Bis zum Mittag konnte man jedoch der beiden Banditen nicht habhaft werden. Dem Getroffenen wird die Lust zu einem zweiten Raubüberfall hoffentlich für längere Zeit vergangen sein.**

× Schroda, 30. Mai. Unbekannte Diebe statteten der Motormühle des Herrn Wroblewski in Witowo einen Besuch ab, indem sie mit Hilfe von Nachschlüsseln in das Innere der Mühle eindrangen. Gestohlen wurden gegen 35 Zentner Roggen in Säcken, ein Zentner Weizen und neun Zentner Kleie. Außerdem nahmen die Einbrecher noch den 10 Meter langen Treibriemen vom Motor und einen fünf Meter langen Lederriemen von den Walzen mit, die zusammen einen Wert von 830 zł darstellen. Trotz eifrigster Nachforschungen gelang es bisher noch nicht, die Täter zu ermitteln. Ebenfalls noch nicht ermittelte Diebe drangen in den verschlossenen Stall des Arbeiters Strugacki in Santomischel ein und stahlen ein Schwein im Werte von 100 zł.

In einer der letzten Nächte wurde in den Laden des Fitzke in Nekla ein Einbruch verübt, wobei verschiedene Waren im Werte von über 400 zł entwendet wurden. Auch hier konnten die Täter unerkannt entkommen.

Schwer geschädigt durch einen Einbruch wurde der in Gułtowy wohnende Gastwirt Pasikowski. Eine Bande konnte unbemerkt in den Schankraum eindringen und dort fast sämtliche Vorräte an Getränken, Zigaretten, Tabak und verschiedenen Kolonialwaren im Gesamtwerte von gegen 2000 zł entwenden. Angestellte Untersuchungen hatten bisher keinen Erfolg.

Posener Tageblatt **Recht und Steuern** Nr. 122 Mittwoch, den 1. Juni 1932

Buchführung als Unterlage der Steuerveranlagung

II.

Vereinfachte Buchführung für kleinere Betriebe

Die Verordnung des Finanzministers vom 13. April 1932 (Dz. Ustaw Nr. 41, Poz. 412) enthält in den Paragraphen 3 und 4 die in der Novelle zum Gewerbesteuergesetz vorgesehenen Vorschriften über die vereinfachte Buchführung für kleinere Betriebe. Eine solche vereinfachte Buchführung soll den betreffenden Betrieben genau **dieselben gesetzlichen Privilegien bei der Veranlagung zur Umsatzsteuer gewähren, wie sie die ordnungsmäßige Handelsbuchführung gewährleistet;** nach Art. 76 des Gewerbesteuergesetzes muß die Steuerbehörde bei der Veranlagung zur Umsatzsteuer die Angaben dieser vereinfachten Buchführung unbedingt berücksichtigen und als ausschließliche und vollgültige Unterlage für die Feststellung der Höhe des Umsatzes anerkennen. Die vereinfachte Buchführung bewirkt ferner die Anwendung der ermäßigten Steuersätze in allen den Fällen, wo nach Art. 7 des Gewerbesteuergesetzes die Anwendung der ermäßigten Steuersätze von der Führung ordnungsmäßiger Handelsbücher abhängig ist. Diese Vergünstigungen soll jedoch die vereinfachte Buchführung nur dann gewähren, wenn die Betriebe, in denen die vereinfachten Bücher geführt werden, in der üblichen Frist bis zum 15. Februar eine Umsatzsteuererklärung einreichen.

Die vereinfachte Buchführung ist nur für ganz bestimmte kleinere kaufmännische und gewerbliche Betriebe bestimmt, und zwar für alle kaufmännischen Unternehmen, die ein **Handelspatent** III. **und** IV. **Kategorie** gelöst haben, mit Ausnahme der Kreditinstitute für kurzfristigen Kredit und mit Ausnahme der Versicherungsunternehmen, ferner für diejenigen Handelsunternehmen, die ein Patent II. **Kategorie aus dem** Grunde zu lösen verpflichtet sind, da sie bestimmte Waren besserer Qualität oder die bestimmte Waren im Spezialverkauf führen. Die vereinfachte Buchführung ist schließlich für alle gewerblichen Unternehmen, die ein Gewerbepatent V., VI., VII. oder VIII. Kategorie lösen, bestimmt.

Juristische Personen dürfen die vereinfachte Buchführung nicht benutzen.

Die Verordnung des Finanzministers schreibt genau vor, **in welcher Weise die vereinfachte Buchführung angelegt und geführt werden muß:** In dem betreffenden Geschäftsbetrieb muß alljährlich beim Abschluß des Geschäftsjahres eine **Inventur** nach den üblichen, für die „ordnungsmäßige" Buchführung vorgeschriebenen Grundsätzen aufgestellt werden (vgl. hierzu den Aufsatz in der letzten Beilage „Recht und Steuern"). Die Bestände, die sich aus der Inventuraufnahme ergeben, müssen in die Bücher übertragen werden.

Die Aufstellung der Eröffnungs- und Abschlußbilanzen ist nicht erforderlich.

Die Bücher müssen sämtliche Geschäftsvorgänge des Unternehmens enthalten.

In Geschäften, die Waren gegen Kasse einkaufen und verkaufen, genügt die Führung eines Kassenbuches und eines Warenbuches (Waren-Zu- und -Abgang) bzw. die Führung eines Kassen- und Warenkontos im Tagebuch.

In gewerblichen Unternehmen (Handwerksbetriebe!) muß außer dem Kassenbuch (Kassen-Konto) und etwaigem Warenbuch (Waren-Konto) in jedem Falle ein Produktionsbuch (Produktions-Konto) geführt werden, in welches auf die linke Seite die mit der Produktion verbundenen Ausgaben (Rohstoffe, Arbeitslohn usw.) und auf die rechte Seite die aus dem Verkauf der produzierten Waren oder aus der Vergütung für ausgeführte Arbeiten erzielten Einnahmen eingetragen werden.

Für Kreditgeschäfte muß ein Kontokorrentbuch und gegebenenfalls ein Wechselbuch geführt werden.

Hinsichtlich der Führung der Bücher und Aufbewahrung der Belege gelten für die vereinfachte Buchführung dieselben Bestimmungen, wie sie in der letzten Beilage „Recht und Steuern" für die „ordnungsmäßige" Handelsbuchführung angeführt wurden. Demnach ist auch für die vereinfachte Buchführung die Benutzung der **polnischen Sprache** allgemein vorgeschrieben; jedoch kann mit dem Einverständnis der Steuerbehörde auch die Buchführung in jeder anderen lebenden europäischen Sprache geführt werden. Die Bücher müssen selbstverständlich in der Inlandswährung geführt werden. **Bei der vereinfachten Buchführung ist die Anwendung eines Durchschreibesystems nicht gestattet.** Die Bücher müssen vor ihrer Benutzung eingebunden werden, und die Seiten müssen fortlaufend numeriert sein; ferner müssen die Bücher, die das Warenkonto (Warenzugang und -abgang) bzw. das Produktionskonto enthalten, von der zuständigen Handelskammer, Handwerkskammer oder **vom Steueramt bescheinigt werden.**

Die Eintragungen in die Bücher müssen in jedem Falle mit Tinte erfolgen. Die einzelnen Geschäftsvorgänge müssen in chronologischer Reihenfolge und laufend verbucht werden. Aus der Eintragung muß der Tag, der klare Inhalt des Geschäftsvorganges und der Geldbetrag hervorgehen. Genau in derselben Weise wie bei der ordnungsmäßigen Buchführung müssen für die einzelnen Eintragungen Buchungsbelege vorhanden sein; ferner muß die Geschäftskorrespondenz geordnet aufgehoben werden. Die Bücher samt Belegen müssen fünf Jahre lang aufbewahrt werden.

Die Prüfung der Bücher durch die Steuerbehörde

Die Prüfung der Bücher für die Veranlagung zur Umsatzsteuer darf nur auf Grund einer schriftlichen Anordnung der Steuerbehörde vorgenommen werden. Die Prüfung der Bücher erfolgt unter folgenden Gesichtspunkten: 1. Feststellung der Art des Unternehmens und seines Tätigkeitsbereichs, 2. Feststellung, ob die vorgelegten Bücher in formeller Hinsicht übereinstimmend mit der Verordnung des Finanzministers und auch wahrheitsgetreu (redlich) geführt worden sind, und 3. Feststellung der Höhe des steuerpflichtigen Umsatzes.

Zur Prüfung, ob die Eintragungen in den Büchern in Uebereinstimmung mit den tatsächlichen Geschäftsvorgängen erfolgt sind, kann die Prüfung der Bücher durch eine Besichtigung des Unternehmens (Gebäude, Maschinen, technische Einrichtungen, Lagerbestände usw.) ergänzt werden.

Die Prüfung der Bücher muß in der Weise vollzogen werden, daß eine mehrmalige Wiederholung der Prüfung nicht notwendig ist, und daß die Durchführung der Prüfung nicht die Tätigkeit des betreffenden Unternehmens aufhält.

Ueber das Ergebnis der Prüfung wird ein Protokoll aufgenommen. Dieses Protokoll soll sämtliche Angaben enthalten, die für die Steuerveranlagung von Bedeutung sind. Insbesondere müssen folgende Angaben im Protokoll enthalten sein:

1. eine Beschreibung des Unternehmens:
   a) Name und Art des Unternehmens, b) Ort, c) Angabe über etwaige Eintragung im Handelsregister, d) bei juristischen Personen: Angaben über den Gesellschaftsvertrag, e) Zahl und Sitz etwaiger Filialen, f) Kategorie der gelösten Patente und Zahl der Registrierkarten, g) Zahl der im Betriebe tätigen Personen.
2. Beschreibung der Buchführung:
   a) Angabe des Geschäftsjahres, b) Art und Form des angewandten Buchführungssystems, c) Bemerkungen über die Aufstellung des Inventars und der Bilanz, d) Bemerkungen über die Art der Führung der Bücher und der vorhandenen Buchungsbelege sowie über die Aufbewahrung der Belege.
3. Festgestellte Verfehlungen und Verstöße gegen die Vorschriften über die Führung der Bücher.
4. Aufstellung der Umsätze nach den verschiedenen Steuersätzen mit Angabe und näherer Erklärung etwaiger Differenzen.

Wenn während der Prüfung der Bücher festgestellt worden ist, daß bestimmte Buchungen nicht mit den wirklichen Geschäftsvorgängen übereinstimmen, oder daß bestimmte Geschäftsvorgänge nicht verbucht worden sind, so sind sämtliche Umstände, die solche Tatsachen bestätigen, im Protokoll zu vermerken.

Der Unternehmer muß eine Abschrift des Protokolls erhalten und hat das Recht, innerhalb von acht Tagen nach Aufnahme des Protokolls eine Erklärung zu den Bemerkungen im Protokoll abzugeben.

Die Beurteilung der Frage, ob eine Buchführung als ausreichende Unterlage für die Steuerveranlagung anzuerkennen ist, steht der Veranlagungsbehörde zu. Die Veranlagungsbehörde darf diese Frage jedoch nicht nach eigenem freien Ermessen entscheiden und ist an die Bestimmungen dieser Verordnung gebunden. Als ordnungsmäßige Buchführung gilt nach § 6 der Verordnung eine Buchführung, die 1. in formeller Hinsicht in Uebereinstimmung mit den Vorschriften des Handelsgesetzbuches bzw. mit den oben angeführten Bestimmungen der Verordnung des Finanzministers und die 2. in Bezug auf ihren Inhalt redlich geführt ist.

Zwangsversteigerung und Auflassung

Wer ein Grundstück in der Zwangsversteigerung durch richterlichen Zuschlag erwirbt, bedarf nicht der in der Verordnung des Obersten Volksrats vom 25. Juni 1919 vorgeschriebenen Auflassungsgenehmigung. (Entscheidung des Appellationsgerichts in Posen vom 23. Februar 1932 — 1. 3. Wd. 237/31.)

Es hatte jemand in einer Stadt Südposens mehrere Grundstücke, die aus einem Sägewerk, Wohnhaus im städtischen Bezirk und aus Ländereien im benachbarten ländlichen Bezirk bestanden, in der Zwangsversteigerung als Meistbietender kraft richterlichen Zuschlages erworben. Gegen den Zuschlag legte der Schuldner Beschwerde ein. Das Bezirksgericht als Beschwerdeinstanz gab dem Erwerber der Grundstücke auf, die Genehmigung des Starostwo zur Auflassung nachzuweisen. Der Erwerber lehnte dies ab. Infolgedessen hob das Bezirksgericht den Zuschlagsbeschluß des Versteigerungsgerichts auf. Der Erwerber legte dagegen weitere Beschwerde beim Appellationsgericht in Posen ein. Dies hob den Beschluß des Bezirksgerichts auf und stellte den Zuschlagsbeschluß des Versteigerungsgerichts wieder her. In den Gründen führt das Appellationsgericht wörtlich folgendes aus:

„In der Sache selbst erwies sich die weitere Beschwerde als begründet, denn das Beschwerdegericht hat irrtümlich angenommen, daß zur Erteilung des Zuschlages erforderlich sei, daß der, der das Meistgebot abgegeben hat, nachweisen müsse, daß er die behördliche Genehmigung zum Erwerbe des Grundstücks besitze.

Im Sinne der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches ist zur Uebertragung des Eigentums an einem Grundstück durch Rechtsgeschäft die Auflassung erforderlich, d. i. die Einigung über den Uebergang des Eigentums (§ 925 B. G. B.) sowie die Eintragung im Grundbuche (§ 873 B. G. B.).

Diese Vorschriften finden keine Anwendung im Zwangsversteigerungsverfahren, wo das Eigentum im Augenblick der Verkündigung des Zuschlagsbeschlusses erworben wird. In diesem Falle findet gemäß § 90 des Zwangsversteigerungs-Ges. keine (rechtsgeschäftliche) Uebertragung des Eigentumsrechts statt, vielmehr erwirbt der Erwerber das Eigentum in ursprünglicher Art unter den im Zuschlagsbeschluß angegebenen Bedingungen, unabhängig von der Eintragung im Grundbuch. Die Eintragung im Grundbuch hat hier nur rechtsfeststellende Natur; siehe RG. 60, 54; 67, 382 sowie Jäckel-Güthe Anm. 2 zu § 90 des Zwangsversteigerungsgesetzes.

Die Verordnung des Kommissariats des Obersten Volksrats vom 25. Juni 1919 (Amtsblatt 1919, S. 85) bestimmt in Art. 1, daß die „Uebereignung von Grundstücken der Vorlegung einer Genehmigung der betreffenden Verwaltungsbehörden bedarf". Aus dem Wortlaut dieser Vorschrift, insbesondere aus dem Ausdruck „Uebereignung von Grundstücken", muß man folgern, daß diese Genehmigung nur zum Uebergang des Eigentums an Grundstücken von einer Person auf eine andere erforderlich ist, also in Fällen, in denen das Eigentum in abgeleiteter Weise erworben wird. Wie bereits oben bemerkt ist, ist der Erwerb des Eigentums im Zwangsversteigerungsverfahren kein abgeleiteter Erwerb, und deshalb ist die behördliche Genehmigung zum Erwerb von Eigentum in diesem Falle nicht erforderlich.

Für diesen Rechtsstandpunkt spricht auch der Umstand, daß die verlangte Genehmigung der Behörde zum Erwerbe des Eigentums in beträchtlichem Grade die Durchführung der Zwangsvollstreckung in Grundstücken erschweren und manchmal sogar direkt vereiteln würde. Wenn nämlich die Person, die das Meistgebot abgegeben hat, vor Erteilung des Zuschlages die Genehmigung der Behörde vorlegen müßte, dann würde die Nichtvorlegung dieser Genehmigung die Notwendigkeit der Anberaumung eines neuen Versteigerungstermins nach sich ziehen, und zwar unter Beobachtung aller damit verbundenen Förmlichkeiten. Ras würde eine sehr beträchtliche Erschwerung der Versteigerung verursachen, da nicht feststeht, ob die Person, die das Meistgebot im neuen Termin abgeben würde, imstande wäre, die geforderte Genehmigung vorzulegen. Gemäß den Bestimmungen des Zwangsversteigerungsgesetzes muß der Zuschlagstermin im Versteigerungstermin anberaumt werden (§ 74 des Zwangsversteigerungsgesetzes), eventuell in einem späteren, vom Richter sofort anberaumten Termin (§ 87 des Zwangsversteigerungsgesetzes). Im Verlauf einer so kurzen Zeit, während der der Erlaß des Beschlusses über den Zuschlag vertagt werden kann, könnte der Erwerber unzweifelhaft nicht die Genehmigung der Behörde zum Erwerb des Grundstücks erreichen, da vor Erlaß einer solchen Genehmigung die persönlichen Eigenschaften des sich um die Genehmigung Bewerbenden geprüft werden müssen. Wenn daher das die Zwangsversteigerung betreibende Gericht vor Erteilung des Zuschlages die behördliche Genehmigung fordern müßte, so wäre die Folge, daß jede Person, die im Zwangsversteigerungstermin teilnehmen will, sich vor diesem Termin um die Genehmigung bemühen müßte, und das würde in beträchtlichem Grade die Zahl der Bieter einschränken, und überdies könnte es den Verkauf von Grundstücken zu einem niedrigeren Preise zum Schaden ebenso des Eigentümers wie des Gläubigers zur Folge haben.

Aus obigen Gründen ist das Appellationsgericht der Meinung, daß der Zweck der Verordnung vom 25. Juni 1919 nicht die Einführung von Beschränkungen beim Erwerb von Grundstücken auch in Fällen sein konnte, wo der Erwerb im Zwangsversteigerungsverfahren stattfand, welche Beschränkungen im Gebiete des Grundstücksumsatzes die oben angeführte Verordnung eingeführt hat, um den Eigentumsübergang in verläßliche Hände zu sichern, die aber nicht bei der Zwangsvollstreckung angewendet werden können, da sie deren Durchführung und die Sicherheit des Umsatzes erschweren und antasten würden."

Obigen treffenden Ausführungen des Appellationsgerichts sei noch folgendes zugefügt:

Art. 1 der Verordnung des Obersten Volksrats vom 25. Juni 1919 gebraucht im polnischen Text den Ausdruck „Uebereignung" (przewłaszczenie) von Grundstücken. Gemeint war damit „Auflassung". Dies ergibt sich aus der amtlichen deutschen Uebersetzung dieser Verordnung im damaligen Gesetzblatt für Posen (Tygodnik Urzędowy) S. 144, wo nicht das Wort „Uebereignung", sondern „Auflassung" gewählt ist. Weshalb damals im polnischen Text nicht der Fachausdruck powzdanie für Auflassung gebraucht ist, erklärt sich damit, daß im Jahre 1919 dieses Wort der polnischen Rechtssprache noch unbekannt war. Erst bei Herausgabe der vom Justizministerium veranlaßten polnischen Uebersetzung des deutschen Bürgerlichen Gesetzes wurde für das altdeutsche Wort Auflassung das diesem entsprechende altpolnische powzdanie gewählt (vgl. Vorrede Seite VII der polnischen Uebersetzung). Die Richtigkeit der Entscheidung des Appellationsgerichts ergibt sich daher auch aus dem Wortlaut der amtlichen deutschen Uebersetzung der Verordnung vom 25. Juni 1919.

Die besprochene Entscheidung ist für das Zwangsversteigerungsverfahren eine höchstinstanzliche im Bezirk des Appellationsgerichts zu Posen.

Steuerkalender

für Juni

7. Juni: Zahlungstermin der **Einkommensteuer** von Dienstbezügen für Mai. Die Einkommensteuer von Dienstbezügen muß innerhalb von 7 Tagen nach Auszahlung des Gehaltes oder Lohnes durch den Arbeitgeber bei der Kasse des zuständigen Steueramtes bezahlt werden. Zusammen mit der Einkommensteuer von Dienstbezügen muß der Krisenzuschlag laut Tarif berechnet und bezahlt werden. Der außerordentliche zehnprozentige Zuschlag wird seit der Einführung des Krisenzuschlages nicht erhoben.

10. Juni: Zahlungstermin der **Versicherungsbeiträge** für Geistesarbeiter an den **Zakład Ubezpieczeń Pracowników Umysłowych w Poznaniu**, ul. Dąbrowskiego 12 — P. K. O. Nr. 200 290; gleichzeitig muß der „Alfabetyczny Normalny Wykaz Miesięczny" auf Formular Nr. 2 bzw. bei etwaigen Veränderungen der Personalien der Angestellten, der Höhe der Gehälter usw. das Formular Nr. 3 „zgłoszenia zmian" bzw. bei Neuanstellung von Geistesarbeitern Formular Nr. 1 „Zgłoszenie do ubezpieczenia nowoprzyjętego pracownika" eingereicht werden.

15. Juni: Zahlungstermin der Umsatzsteuer für den Monat Mai durch Handelsunternehmen I. und II. Kategorie und gewerbliche Unternehmen I. bis II. Kategorie, sofern diese Unternehmen ordnungsmäßige Handelsbücher führen.

15. Juni: Letzter Zahlungstermin der Gebäudesteuer in Stadtgemeinden für das 1. Quartal 1932.

15. Juni: Letzter Zahlungstermin der Steuer von unbebauten Plätzen in Stadtgemeinden für das 2. Quartal 1932.

15. Juni: Letzter Zahlungstermin der Mietssteuer (podatek od lokali) für das 2. Quartal 1932.

20. Juni: Zahlungstermin der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung der physischen Arbeiter; die Bezahlung erfolgt durch Ueberweisung auf das Postscheckkonto des Zarząd Głównego Funduszu Bezrobocia w Warszawie P. K. O. Nr 9600; gleichzeitig muß eine entsprechende Benachrichtigung an den Zarząd Obwodowego Funduszu Bezrobocia w Poznaniu, ulica P. Czarnieckiego, erfolgen.

29. Juni: Letzter Zahlungstermin der Umsatzsteuer unter Ausnutzung der 14tägigen zinsfreien Karenzzeit.

30. Juni: Für Landwirte: Letzter Termin für die freiwillige Abzahlung rückständiger Steuern, die vor dem 1. Oktober 1931 fällig waren, bei Gewährung eines Nachlasses auf die rückständige Steuer in Höhe von 100 Prozent des freiwillig abgezahlten Betrages.

Verschiedenes: Ferner sind alle Rückstände, die gestundet oder auf Raten verteilt wurden und deren Fälligkeitstermine im Mai liegen, sowie alle Steuern, für die der Steuerpflichtige eine besondere Aufforderung erhalten hat, zahlbar.

Gnesen

in. Freizeit der Frauenhilfe. Die Frauenhilfe veranstaltete eine dreitägige Freizeit. Als Redner dienten Fräulein Miecke und Pastor Schwerdtfeger mit dem Worte Gottes. Als Hauptthema wurde das Vaterunser behandelt. Die Freizeit schloß am Sonntag mit einem Festgottesdienst, den Pastor Schwerdtfeger hielt. Am Nachmittag fand noch eine Zusammenkunft in der Loge statt mit Kaffeetafel und Ansprachen. Solch eine Freizeit ist eine Atempause in der atemberaubenden Hast und Unrast des Alltags. Sie bietet Gelegenheit zur Selbstbesinnung und Rückschau auf das bisherige Leben, und sie weist hin auf Gott als die unerschöpfliche Kraftquelle. Und wann hätten wir mehr Kraft gebraucht, als gerade jetzt in dieser furchtbaren Notzeit?!

in. Ohne Hetze können sie nicht leben! Der hiesige Westmarkenverein braucht Geld für die geplante Ferienkolonie. Zu diesem Zweck erließen der Vorsitzer Wierzyaczewski und der Schriftführer Badylak einen Aufruf zu einer Geldsammlung, in der es unter anderm heißt: „Es geht darum, hundert polnische Seelen aus den Krallen des Germanismus herauszureißen und sie für das Polentum und den Katholizismus zu retten." Es ist bedauerlich und unverantwortlich, daß selbst die Einrichtung eines Ferienkinderheims dazu herhalten muß, Haß und Zwietracht zu säen. Es scheint, als ob der Westmarkenverein fürchtet, ohne Hetze kein Geld für diesen Zweck zu bekommen. — Irgend ein Leser des „Informator Urzędowy" fordert das Eingreifen der Behörde, weil die Bullen der deutschen Besitzer im amtlichen Verzeichnis solche Namen wie Wojtek, Kuba, Jakób, Marek und Wiktor führen. „Warum taufen diese Herren" — fragt er wörtlich — „ihre Bullen nicht Wilus, Hindenburg oder Bismarck?" Schamerfüllt muß er freilich hinzufügen, daß auch „unkluge Polen und sogar Katholiken in diesem Verzeichnis Nr. 36 vom 14. Mai ihren Bullen solche Namen geben. O sancta simplicitas! Der zornglühende Beschützer und Anwalt der armen, unschuldigen Bullen merkt gar nicht, wie er sich durch den Satz von den „unklugen Polen" selber widerlegt und der verdienten Lächerlichkeit preisgibt. Kein Wunder auch: Wer hetzt, bezeugt doch nur damit, daß er irgendwie seelisch aus dem Gleichgewicht geraten ist. Ob diese Bullen„hetze" mit der Bullen„hitze" der vergangenen Woche zusammenhängt, das ist schon eine Doktorfrage.

in. Selbstmord eines Schlosserlehrlings. Der 20jährige Alfons Swiątek, Swiętokrzyska 1, hat sich am Mittwoch das Leben genommen. Seine Schwester entdeckte zuerst die auf dem Dachboden hängende Leiche und rief sofort die Hausbewohner. Der rasch herbeigeholte Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Was den Jüngling in den Tod trieb, konnte bisher nicht ermittelt werden. Man nimmt an, daß diese Tat unter dem Einfluß seelischer Niedergeschlagenheit erfolgte.

in. Angeschossen. Tadeusz Tabaka, 18 Jahre alt, wohnhaft Młyńska, wurde auf dem Vorwerk Dziekanka durch einen Schuß in die linke Wade verletzt. Der Schuß war von dem Landwirtschaftsbeamten Stanisław Markiewicz abgegeben worden, der keine Erlaubnis zum Tragen einer Waffe besitzt. Tabaka wurde ins Krankenhaus geschafft. Die Polizei nahm über den Vorfall einen Bericht auf, doch ist noch nicht geklärt, warum Markiewicz geschossen hat. Der Vorfall spielte sich am Donnerstag gegen zehn Uhr ab.

Ein schlechter Anfang

Der erste Monat im neuen Haushaltsjahr

Der Monat April, der erste Monat im neuen Haushaltsjahr, hat wiederum ein Staatsdefizit von etwa 34 Mill. zł gebracht. Es ist ein schwacher Trost, dass dieses Defizit nominell auf etwas über 4 Mill. zł heruntergedrückt werden konnte dadurch, dass die Regierung von dem ihr bei der Bank Polski eingeräumten zinslosen Kredit in Höhe von 100 Mill. zł eine weitere Summe von 30 Mill. zł zur Deckung des Aprildefizits beansprucht hat. Die zinsfreie Kreditgrenze für die Regierung bei der Bank Polski belief sich bis Anfang dieses Jahres nur auf 50 Mill. zł, erst in den letzten Wochen der abgelaufenen Sejmsession wurde die Grenze — schon in Voraussicht der kommenden finanziellen Notwendigkeiten — auf 100 Mill. zł erhöht. Ueber die Zweckmässigkeit dieser Erhöhung waren bei ihrer Beschlussfassung die Meinungen durchaus geteilt und nicht ganz mit Unrecht wurde von bekannten Volkswirtschaftlern unseres Landes darauf hingewiesen, dass eine solche Erweiterung des Staatskredites bei der Bank Polski eine schwer ins Gewicht fallende Belastung unseres Noteninstitutes bedeutet, die in gewissen Augenblicken sogar nachteilige Einflüsse auf die Stabilität der Währung haben kann. Die Regierung war jedoch anderer Ansicht, die Regierungsmehrheit im Sejm bewilligte die Erhöhung des Kredits auf 100 Mill. zł und der überwiegende Teil dieser Summe ist durch die im April weiter in Anspruch genommenen 30 Mill. zł — nachdem vorher etwa 50 Mill. in Anspruch genommen waren — bereits erschöpft.

Die Regierung hat gesetzlich das Recht, jede von dem Kredit bei der Bank Polski in Anspruch genommene Summe in der Staatsbilanz als „Staatseinnahmen" zu verbuchen. Nur nachdem auf diese Weise ein Einnahmeposten von 30 Mill. zł geschaffen wurde, konnte man feststellen, dass bei der Haushaltsbilanz für April d. J. eine Vergrösserung der Einnahmen um 15 415 000 zł gegenüber dem Vormonat auf 194 888 000 zł erfolgt ist. Nach Abzug des Bank Polski-Kredites ist aber tatsächlich eine Verringerung der Einnahmen im Monat April gegenüber dem Monat März um etwa 15 Mill. zł erfolgt und die Einnahmen beliefen sich nur auf etwa 165 Mill. zł. Die Ausgaben des Staatshaushaltes verringerten sich im April gegenüber dem Vormonat um 25 294 000 zł auf 198 930 000 zł.

Bei den Einnahmen — bei denen der 30 Mill.-Kredit, der bei der Bank Polski aufgenommen wurde, schon mit einberechnet ist — ist im April dieses Jahres gegenüber dem April des vorigen Jahres auf fast allen Gebieten eine starke Verringerung festzustellen. Die Verwaltungseinnahmen verringerten sich von 165 733 000 zł im April des vorigen Jahres auf 144 471 000 zł im April dieses Jahres, davon die Staatseinnahmen aus Steuern und Abgaben von 113 345 000 zł auf 86 819 000 zł, andere Verwaltungseinnahmen vergrösserten sich von 52 388 000 zł auf 57 652 000 zł. Es verringerten sich erheblich die Einzahlungen der staatlichen Unternehmen beim Staatsschatz von 10 413 000 zł auf 4 664 000 zł, die Einnahmen aus Monopolen von 52 907 000 zł auf 45 693 000 zł.

Es ist interessant festzustellen, welche Positionen des Staatshaushaltes bei den Ausgaben trotz der starken Verringerung der Einnahmen und einer im Zusammenhang damit vorgenommenen Verringerung der Ausgabenpositionen sich vergrössert, und welche bei den Ausgabenstreichungen besonders stark herangezogen wurden, sich also verringert haben. Die Ausgaben für das Militär haben sich im April d. J. gegenüber demselben Monat des vorigen Jahres, wo der Budgetstand doch noch ein erheblich besserer war als gegenwärtig, sogar noch vergrössert, und zwar von 56 284 000 zł im April 1931 auf 64 473 000 zł im April dieses Jahres, also um mehr als 8 Mill. zł. Auch die Ausgaben des Aussenministeriums haben sich um etwa 1 200 000 zł vergrössert, und zwar von 2 776 000 zł auf 3 966 000 zł. Eine sehr unbedeutende Vergrösserung weisen daneben nur noch die Ausgaben für das Justizministerium auf, und zwar von 8 198 000 zł auf 8 424 000 zł, ferner die Ausgaben für Pensionen von 13 674 000 zł auf 14 251 000 zł.

Während man also die Ausgaben für das Militär um etwa 8 Mill. zł gegenüber derselben Zeit des Vorjahres vergrösserte, ebenso die erhöhte aussenpolitische Aktivität und Propaganda Polens ein Mehr von 1 200 000 zł erforderte, sind beispielsweise die Verwaltungsausgaben, deren wichtigster Posten die Beamtengehälter sind, von 250 135 000 zł im April des vorigen Jahres auf 198 930 000 zł im April dieses Jahres, also um mehr als 50 Mill. zł verringert worden. Sehr stark verringert wurden auch die Ausgaben des Kultusministeriums, und zwar von 32 840 000 zł auf 28 637 000 zł, also um mehr als 4 Mill. zł, ferner die Ausgaben für öffentliche Arbeiten von 7 189 000 zł auf 3 339 000 zł, also über 3 Millionen zł, die Ausgaben des Ministeriums für Arbeit und öffentliche Fürsorge von 18 877 00 zł auf 13 321 000 zł, also um mehr als 5.5 Mill. zł, die Ausgaben für das Innenministerium von 18 046 000 zł auf 16 082 000 zł, des Finanzministeriums von 9 195 000 zł auf 8 429 000 zł, des Handelsministeriums von 4 143 000 zł auf 2 768 000 zł, des Verkehrsministeriums von 541 000 zł auf 267 000 zł, des Landwirtschaftsministeriums von 2 028 000 zł auf 1 310 000 zł. Die anderen Ausgabenpositionen haben sich nur unwesentlich verringert bis auf die Position des ausländischen Schuldendienstes, die infolge des Hooverjahres von 58 534 000 zł im April des vorigen Jahres auf 17 777 000 zł im April dieses Jahres gesunken ist.

Diese erste Monatsbilanz des neuen Haushaltsjahres kann nicht ohne schwere Bedenken hingenommen werden, da sie Anhaltspunkte für die weitere Entwicklung des Staatshaushaltes im Haushaltsjahr 1932/33 bietet. In der Zeit der Nachmairegierungen beliefen sich die Einnahmen des Staates im Monat April auf: 1927 — 202.5 Mill., 1928 — 222.5 Mill., 1929 — 250.9 Mill., 1930 — 234.8 Mill., 1931 — 229.1 Mill., 1932 — 164.8 Mill. zł. Gegenüber dem April des vorigen Jahres sind die Staatseinnahmen in diesem Jahr also um 64 Mill. zł gesunken, was auf ein Jahr umgrechnet etwa 700 Mill. zł ausmacht.

Auf eine so grosse Wenigereinnahme könnte man jedoch nur schliessen, wenn der April tatsächlich ein Durchschnittsmonat ist und die Einnahmen im Monat April den 12. Teil der Jahreseinnahmen, also 8.3 Prozent, bilden würden. An Hand entsprechender Zahlen der früheren Jahre ergibt sich, dass an den Gesamteinnahmen des ganzen Haushaltsjahres gerechnet die Einnahmen im April folgenden Anteil ausmachten: 1927 — 7.3%, 1928 — 7.4%, 1929 — 8.3%, 1930 — 8.5%, 1931 — 10.1%. Also nur im Jahre 1929 war der April der ideale 12. Teil der Gesamteinnahmen des Staates. Vorher gingen im April weniger Einnahmen, als der auf diesen Monat entfallende Durchschnitt ausmacht, ein, das heisst, die Einnahmen wiesen in den nachfolgenden Monaten eine steigende Tendenz auf. Nach 1929 jedoch stieg der Anteil des Monats April ständig und lag über dem Monatsdurchschnitt des Jahres, das heisst, dass die Konjunktur sich verschlechterte und in den nachfolgenden 11 Monaten der jeweiligen Haushaltsjahre die Staatseinnahmen geringer wurden.

In der Begründung, die das Innenministerium zur Ablehnung des Haushaltsplanes für die Stadt Warschau gegeben hat, wird den Warschauer Stadtbehörden nahegelegt, für das bevorstehende Haushaltsjahr ein Sinken der Einnahmen in demselben Masse anzunehmen, in dem sie im Jahre 1931/32 gesunken sind. Wenn man dieselbe Methode für den Staatshaushalt anwendet und die Einnahmen des Monats April genau so wie im vergangenen Jahre als 10.1% der gesamten Einnahmen des Staates im Jahre 1932/33 annimmt, so werden sich die Staatseinnahmen im laufenden Haushaltsjahr auf etwa 1 632 000 000 zł belaufen, obwohl von Optimisten behauptet wird, dass sie etwa 1 800 000 000 bis 1 900 000 000 zł betragen werden. Die Ausgaben des Staates sind für das am 1. April begonnene Haushaltsjahr im Voranschlag auf 2 452 000 000 zł festgesetzt. Wenn man die kürzlich gestrichenen 200 Mill. abrechnet, verbleibt gegenüber der vermutlichen Einnahmenziffer in einer Gesamthöhe von 1 632 000 000 zł noch immer ein Staatsdefizit von über 600 Mill. Złoty. Wenn man das Staatshaushaltsgleichgewicht auf dem Wege einer weiteren Beamtengehaltskürzung herstellen wollte, so müssten die Gehälter noch um insgesamt 60 Prozent gekürzt werden.

Diese Prognose muss allen Ernstes auf Grund der Ziffern des ersten Monats im neuen Haushaltsjahre gestellt werden. Kein offizielles Communiqué über die Unerschütterlichkeit unseres Wirtschaftslebens kann an ihren Zahlen etwas ändern.

Von den Aktiengesellschaften

Cegielski S. A.-Abschluss für 1931

Am 30. Mai fand in Posen die ordentliche Generalversammlung der Cegielski S. A. statt, in der der Jahresbericht der Gesellschaft von Dir. Suchowiak erstattet wurde. Wie es nicht anders zu erwarten war, ergab der Bericht eine beträchtliche Verminderung der Produktion, die seitens der Leitung hauptsächlich den durch die anhaltende Zahlungsunfähigkeit der Landwirtschaft entstandenen Ausfällen zugeschrieben wird. Insgesamt betrug die Erzeugung der Gesellschaft in allen Abteilungen 25 805 714 zł, während im Voranschlag deren Wert mit mindestens 30 Mill. zł eingesetzt war. Gänzlich stillgelegt war im Berichtsjahre die Abteilung für landwirtschaftliche Maschinen, lediglich an Reparaturen war einige Arbeit vorhanden. Auch die Bestände an landwirtschaftlichen Maschinen verminderten sich nicht in dem Masse, wie man es erwartet hatte. Fast gänzlich still lagen auch die Betriebe in Kolmar, mit Ausnahme der Mühle.

Dagegen waren die Abteilungen für Herstellung von Lokomotiven gut beschäftigt. Es wurden geliefert 12 Maschinen für die bulgarische Eisenbahndirektion, 30 Güterzuglokomotiven für die polnischen Staatsbahnen sowie 3 Maschinen eines neuen Typs, die für Kurierzüge bestimmt sind, ebenfalls für die polnischen Bahnen.

Einen katastrophalen Rückgang haben die Bestellungen in Eisenbahnwaggons aufzuweisen. An die polnischen Staatsbahnen wurden lediglich 15 vierachsige Personenwagen und vier Triebwagen geliefert, zu denen noch eine geringe Anzahl von Bestellungen privater Auftraggeber kommt. Begonnen wurde mit dem Bau von 10 Speisewagen für die Internationale Schlafwagengesellschaft. Hervorgehoben wurde seitens der Leitung, dass die gelieferten Lokomotiven und Waggons der Gesellschaft die volle Anerkennung der Auftraggeber eingebracht hätten; auch die bulgarische Eisenbahnverwaltung sei mit den Leistungen der gelieferten Maschinen, die unter schwersten Bedingungen zu laufen hätten, durchaus zufrieden.

Die Bilanz zeigt für das abgelaufene Wirtschaftsjahr einen Verlust in Höhe von 85 000 zł. Für das laufende Geschäftsjahr wird der Wert der Produktion nur mit 21 Mill. zł veranschlagt.

Zu den einzelnen Positionen der Bilanz gab der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Dir. Samulski, noch detaillierte Erläuterungen. Der Wert der Produktion (25.8 Mill. zł) bedeute gegenüber 1930, in dem die Produktion noch den Wert von 40 Mill. zł erreicht hätte, einen Rückgang um 37 Prozent. Demgegenüber sei der Verlust von 85 000 zł als verhältnismässig gering anzusehen, zumal er sich erst nach Vornahme der Abschreibungen in voller Höhe ergäbe. Auf den Amortisationsfonds seien statutenmässig 1 855 000 zł abgeschrieben worden, der dadurch die Höhe von 16.9 Mill. zł erreicht hätte. Der Aufsichtsrat beantrage die Vortragung des Verlustes auf neue Rechnung.

Den Ausführungen des Aufsichtsratsvorsitzenden zufolge geben die Jahresergebnisse der Cegielskiwerke ein getreues Spiegelbild der wirtschaftlichen Entwicklung Grosspolens in dem letzten Jahrzehnt. Von 8.5 Mill. zł im Jahre 1924 sei die Produktion bis auf 52.2 Mill. zł im Jahre 1929 gestiegen, um sich seitdem wieder in rückgängiger Richtung zu bewegen. Insgesamt repräsentiere die Produktion der letzten acht Jahre einen Wert von 228.8 Mill. zł. Innerhalb dieser letzten acht Jahre habe die Gesellschaft an Steuern 9.8 Mill. zł, an Soziallasten 6.5 Mill. zł gezahlt. Der Reingewinn dieses Zeitabschnittes belaufe sich insgesamt auf 4.8 Mill. zł, die Summe der ausgezahlten Löhne auf 47.8 Mill. zł. Aus diesen Ziffern sei die soziale Bedeutung der Werke erkennbar. An Löhnen, Gehältern und Soziallasten wurden allein 28.85 Prozent des Umsatzes verbraucht, weitere 9.47 Prozent gingen an die Steuerbehörden, nur 1.17 Prozent dagegen gingen als Gewinn an die Aktionäre, die sich zu 60 Prozent des Gesamtkapitals aus Einzelbesitzern zusammensetzten.

Die vorgelegte Bilanz nebst der Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach Anhörung des Berichtes der Revisionskommission von der Versammlung genehmigt, der Verlust entsprechend dem Vorschlag des Aufsichtsrates auf neue Rechnung vorgetragen.

Die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wurden mit Ausnahme von Herrn Krysiewicz, an dessen Stelle der Direktor der Bank Spółek Zarobkowych, Witold Bronlewski tritt, wiedergewählt.

Lodzer Exportverband zahlungsfähig

Der Exportverband der Lodzer Textilindustrie ist durch die bedeutenden Verluste, die er in den letzten Monaten beim Textilexport nach China, Persien und auch nach England erlitten hat, in ernste Zahlungsschwierigkeiten geraten und hat seinen Gläubigern einen aussergerichtlichen Vergleich vorgeschlagen. Das Bialystoker Textilunternehmen Oswald Fryling i Syn A.-G. hat diesen Vergleichsvorschlag zurückgewiesen und beim Lodzer Handelsgericht die Konkurserklärung gegen den Verband beantragt. Der Verband hat daraufhin in letzter Minute der Bialystoker Firma die Regelung seiner Verpflichtungen gegen sie binnen 60 Tagen zugesichert, worauf die Firma beim Gericht den einstweiligen Aufschub des Konkursverfahrens gegen den Verband beantragt hat.

Wieder russische Eisenaufträge an Polen?

Wie die „Gazeta Handlowa" mit Vorbehalt mitteilt, soll nach einem achtmonatigen Ruhen des Russlandgeschäfts der polnischen Eisenindustrie nunmehr wieder ein grösserer Auftrag auf Walzprodukte von der Sowjetregierung an die polnischen Eisenhütten vergeben worden sein. Die zu liefernde Gesamtmenge wird mit etwa 70 000 t angegeben. Für die auszustellenden Sowjetwechsel seien Diskontierungsmöglichkeiten nach Massgabe der durch Abzahlung früherer russischer Wechsel freiwerdenden Beträge gesichert.

Märkte

Getreide. Warschau, 30. Mai. Amtlicher Bericht der Getreidebörse für 100 kg in Złoty, im Grosshandel, Parität Waggon Warschau: Roggen 30 bis 30.25, Gutsweizen 32—32.50, Sammelweizen 31.50 bis 32, Einheitshafer 25.50—26.50, Sammelhafer 24 bis 24.50, Gerstengrütze 23—23.50, Braugerste 24.50 bis 25.50, Feldspeiseerbsen 30—33, Viktoriaerbsen 30—34, Winterraps 38—40, Rotklee 150—175, bei Reinheit bis zu 97 Prozent 180—200, Weissklee 250—350, bei Reinheit bis zu 97 Prozent 325—425, Weizenluxusmehl 50 bis 55, Weizenmehl 45—50, gebeuteltes Roggenmehl 45—46, gesiebtes und Roggenschrotmehl 34—35, mittlere Weizenkleie 16.50—17, Roggenkleie 16.50—17, Leinkuchen 22—23, Rapskuchen 17—18, Sonnenblumenkuchen 18—18.50, Seradella, zweimal gereinigt 30 bis 33, Blaulupinen 14—15, gelbe 20.50—22.50, Peluschken 26—27, Wicke 25—26, Leinsamen, 99proz. 38.50—40. Marktverlauf: ruhig.

Getreide. Posen, 31. Mai. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań.

Transaktionspreise:

Roggen 507,5 to	28.75
45 to	28.35
30 to	28.50
Weizen 120 to	29.75
30 to	29.65
Roggenkleie 60 to	17.50

Richtpreise:

Weizen	29.75—30.00
Roggen	28.50—28.75
Gerste 64—66 kg	21.25—22.25
Gerste 68 kg	22.25—23.25
Hafer	21.50—22.00
Roggenmehl (65%)	42.25—43.25
Weizenmehl (65%)	44.25—46.25
Weizenkleie	15.50—16.50
Weizenkleie (grob)	16.50—17.50
Roggenkleie	17.00—17.25
Viktoriaerbsen	23.00—26.00
Folgererbsen	32,00—36.00
Blaulupinen	11.00—12.00
Gelblupinen	14.00—15.00
Leinkuchen 36—38%	25.00—27.00
Rapskuchen 36—38%	18.00—19.00
Sonnenblumenkuchen 46-48%	18.00—19.00

Gesamttendenz: ruhig.

Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 15 t.

Produktenbericht. Berlin, 30. Mai. Die Getreidemärkte lagen zu Beginn der neuen Woche recht ruhig. Der bei Eröffnung des Marktes bekanntgewordene Rücktritt der Regierung Brüning vermochte keinen Einfluss auf die Preisgestaltung zu nehmen. Auch die Tatsache, dass die heute vormittag besichtigten 660 t Weizen für unkontraktlich erklärt wurden, blieb ohne nachhaltige Wirkung. Am Weizen-Promptmarkt herrscht auch weiter das Angebot vor, da man die Preise für märkischen Weizen in Berlin für zu hoch hält und darauf verweist, dass sich die Mühlen von Schlesien her wesentlich billiger eindecken können. Schlesischer Weizen stellte sich frachtfrei Berlin auf etwa 273 Mark, während die Forderungen hier am Platze um 280 Mark herum liegen. Neuweizen war bei kleinem Geschäft im Preise unverändert. Am handelsrechtlichen Lieferungsmarkt blieb Weizen für den laufenden Monat und in der Herbstsicht unverändert. Juli-Weizen wurde 1 Mark niedriger festgesetzt. Roggen war in prompter Ware zu Sonnabendpreisen angeboten. Es liess sich zunächst noch nicht übersehen, ob die vorhandene märkische Waggonware von der staatlichen Gesellschaft aufgenommen werden würde. Am handelsrechtlichen Lieferungsmarkt wurde Mai heute wieder notiert, der Preis war im Verhältnis zum Russenroggen als normal anzusprechen. In Juliroggen kam eine Notiz wieder nicht zustande, der Septemberkontrakt wurde 1 Mark höher notiert. Weizen- und Roggenmehle waren bei schleppendem Konsumgeschäft im Preise unverändert. Für Hafer beharrt der Konsum in seiner sehr vorsichtigen Haltung. Abschlüsse kamen nur vereinzelt zustande. Am Lieferungsmarkt wurde die Notierung für Maihafer ausgesetzt; man setzte den Preis später 5 Mark niedriger fest. Julihafer wurde 1.50 Mark niedriger festgesetzt. Die Herbstsicht wurde nicht notiert. Gerste blieb unverändert sehr still.

Posener Viehmarkt

vom 31. Mai 1932.

Auftrieb: Rinder 733, (darunter: Ochsen —, Bullen —, Kühe —), Schweine 1400, Kälber 491, Schafe 200, Ziegen —, Ferkel —. Zusammen 2824.

(Notierungen für 100 kg Lebendgewicht loco Schlachthof Posen mit Handelsunkosten).

Rinder:

Ochsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt	76—80
b) jüngere Mastochsen bis zu 3 Jahren	64—68
c) ältere	52—58
d) mäßig genährte	40—46
Bullen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	64—70
b) Mastbullen	56—62
c) gut genährte, ältere	46—52
d) mäßig genährte	40—44
Kühe:	
a) vollfleischige, ausgemästete	76—80
b) Mastkühe	64—70
c) gut genährte	40—48
d) mäßig genährte	26—34
Färsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	76—80
b) Mastfärsen	64—70
c) gut genährte	52—58
d) mäßig genährte	40—48
Jungvieh:	
a) gut genährtes	40—48
b) mäßig genährtes	32—38
Kälber:	
a) beste ausgemästete Kälber	64—70
b) Mastkälber	56—60
c) gut genährte	50—54
d) mäßig genährte	40—48

Mastschweine:

a) vollfleischige, von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	116—120
b) vollfleischige, von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	110—114
c) vollfleischige, von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	96—102
d) fleischige Schweine von mehr als 80 kg	—
e) Sauen und späte Kastrate	90—110
f) Bacon-Schweine	82—86

Schafe:

a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel	60—66
b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe	52—54
c) gut genährte	—

Marktverlauf: ruhig.

Lodz, 30. Mai. Grosshandelsnotierungen für 1 kg in Złoty: Schweinefleisch 1.80, Kalbfleisch 1.30, Rindfleisch 1.40, abhängig nach der Qualität. Tendenz: fest.

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Posener Börse

Posen, 31. Mai. Es notierten: 5proz. Konv.-Anleihe 28 G (33.50—33), 8proz. Dollarbriefe der Pos. Landschaft 56 B (57), 4proz. Konv.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 26.50 B (27—26.50—27). Invest.-Anleihe 85 B (85).

Bank Polski 69 G (69). Tendenz: schwach.

G = Nachfr., B = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Ums.

Danziger Börse

Danzig, 30. Mai. Scheck London 18.87, Złotynoten 57¾, Auszahlung Berlin 120¾, Dollarnoten 5.08.

Auf der heutigen Börse zogen die Kurse weiter an. Auszahlung London wurde mit 18.82—18.92 notiert. Scheck London wurde im Freihandel etwa zu gleichen Kursen gehandelt. Auszahlung Warschau mit 57.18 bis 57.30 und Złotynoten mit 57.19—57.31 notiert. Auszahlung New York wurde mit 5.0924—5.1026 und Dollarnoten mit 5.0749—5.0851 notiert. Im Freiverkehr stellten sich Auszahlung Berlin, wie Reichsmarknoten auf 120—121½.

Warschauer Börse

Warschau, 30. Mai. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.8775, Goldrubel 486, Tscherwonetz 0.28 Dollar, deutsche Mark 211.55.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgien 124.80, Belgrad 15.67, Berlin 211.55, Bukarest 5.31, Helsingfors 15.15, Kopenhagen 179.50, Oslo 164.50, Montreal 7.79.

Effekten.

Es notierten: 3proz. Prämien-Bau-Anleihe (S. I) 31.50 (31.50), 4proz. Prämien-Dollar-Anleihe (S. III) 44.75—45 (44.50), 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe 84 (—), Invest.-Anleihe (Serie) 91 (—), 5proz. Staatl. Konv.-Anleihe 31—30 (—), 6proz. Dollar-Anleihe 46 (48), 7proz. Stabilisierungs-Anleihe 41—43—42 (44.75 bis 41.75), 10proz. Eisenbahn-Anleihe 98 (—).

Bank Polski 70 (70). Tendenz: ruhig.

Amtliche Devisenkurse

	30. 5. Geld	30. 5. Brief	28. 5. Geld	28. 5. Brief
Amsterdam	360.30	362.10	360.50	362.30
Berlin *)	211.01	212.52	—	—
Brüssel	—	—	—	—
London	32.79	33.11	32.78	33.10
New York (Scheck)	8.879	8.919	8.879	8.919
Paris	35.05	35.23	35.04	35.22
Prag	26.32	26.44	26.32	26.44
Italien	—	—	45.53	45.98
Stockholm	169.15	170.85	—	—
Danzig	174.52	175.38	—	—
Zürich	173.97	174.83	173.97	174.83

Tendenz: Holland schwächer. *) über London errechnet.

Berliner Börse

Börsenstimmungsbild. Berlin, 31. Mai. Tendenz: fester. Nachdem noch vorbörslich, beeinflusst durch die ungeklärte innerpolitische Situation, stärkere Zurückhaltung geherrscht hatte und wenig veränderte Kurstaxen zu hören waren, stellte sich zu Beginn des offiziellen Verkehrs heraus, dass das Publikum weiter Kaufneigung bekundete. Man sprach von Tauschoperationen, Renten gegen Aktien, und besonders die führenden Werte wie Farben, Siemens und Reichsbank konnten hiervon profitieren. Die Besserungen gegen gestern betrugen nicht selten bis zu 1½ Prozent, Westeregeln waren sogar 2¼ Prozent höher und I. G. Farben plus 3⅜ Prozent. Im Gegensatz hierzu bestand am Pfandbriefmarkt durchweg Angebot, besonders in Goldpfandbriefen, Stadtanleihen und Kommunalobligationen. Auch die Altbesitzanleihe verlor ca. ¾ Prozent, Reichsschuldbuchforderungen büssten 2 Prozent ein. Im Verlaufe setzte sich die Aufwärtsbewegung am Aktienmarkt weiter fort, es wurden häufig neue Gewinne bis zu 1 Prozent erzielt. Der Geldmarkt versteifte sich am Ultimo weiter. Tagesgeld stellte sich in der unteren Grenze auf 6 Prozent und war nur noch vereinzelt mit 5⅞ Prozent zu erhalten. Monatsgeld blieb mit 6—8 Prozent nominell. Die Nachfrage nach Privatdiskonten scheint aber anzuhalten.

Amtliche Devisenkurse

	30. 5. Geld	30. 5. Brief	28. 5. Geld	28. 5. Brief
Bukarest	2,528	2,534	2,528	2,534
London	15,54	15.58	15.54	15.58
New York	4.209	4.217	4.209	4.217
Amsterdam	170.78	171.12	170.78	171.12
Brüssel	58.97	59.09	58.97	59.09
Budapest	—	—	—	—
Danzig	82.62	82.78	82.62	82.78
Helsingfors	7.163	7.177	7.163	7.177
Italien	21.62	21.66	21.62	21.66
Jugoslawien	7.423	7.437	7.423	7.437
Kaunas (Kowno)	42.01	42.09	42.01	42.09
Kopenhagen	84.91	85.09	84.91	85.09
Lissabon	14.14	14.16	14.14	14.16
Oslo	77.52	77.68	77.42	77.58
Paris	16.61	16.65	16.61	16.65
Prag	12.465	12.485	12.465	12.485
Schweiz	82.37	82.53	82.32	82.48
Sofia	3.057	3.063	3.057	3.063
Spanien	34.67	34.73	34.67	34.73
Stockholm	79.62	79.78	79.62	79.78
Wien	51.95	52.05	51.95	52.05
Tallin	109.39	109.61	109.39	109.61
Riga	79.72	79.88	79.72	79.88

Ostdevisen. Berlin, 30. Mai. Auszahlung Posen 47.25—47.45 (210.75—211.64), Auszahlung Warschau 47.25—47.45, Auszahlung Kattowitz 47.25—47.45; grosse polnische Noten 47—47.40.

Kleine Anzeigen

Überschriftswort (fett)	20 Groschen
jedes weitere Wort	12 „
Stellengesuche pro Wort	10 „
Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen	50 „

Eine Anzeige höchstens 50 Worte. Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags. Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.

Möbl. Zimmer

Möbliertes Zimmer
an berufstätige Herren. Wrocławska 5/6 Wohnung 5.

Ein möbliertes und ein kleines leeres
Zimmer
zu vermieten. Śniadeckich 9, Wohn. 9.

2 sonnige,
behagliche Zimmer, elektr. Wierzbięcice 13, W. 9.

Möbl. Zimmer frei. Żupańskiego 21, Wohnung 8.

Kurorte Pensionen

Landaufenthalt
herrl. Lage, Angel-Gelegenheit. 40 km von Poznań. Pro Tag 5 zł. Off. u. **3220** an die Geschäftsst. d. Ztg.

An- u. Verkäufe

Schreibmaschinen
liefert mit Garantie, erstklassige neue von zł 690.— und gebrauchte von zł 95.—. Skóra i Ska., Poznań, Al. Marcinkowskiego 23.

Suche zu kaufen
ein neues Haus mit 3—4 Dreizimmerwohnungen und Nebengelasse, mit Wasser u. elektr. Lichtanschluß in belebtem Orte oder Stadt. Offerten mit Preisangabe u. **3216** a. d. Geschft. d. Ztg.

Billiger kann es nicht sein!
1.45 Złoty
Seidenstrümpfe, prima Seidenstrumpf von 2.90, Bemberg-Gold v. 3.25, Seidenstrümpfe von großer Dauerhaftigkeit von 3.90, Seidenstrumpf mit Hohlsaum von 3.90, Macco-Strumpf von 45 Gr., Seidenflor von 95 Gr., prima Macco von 1.90, prima File d'écosse von 2.90, Vierfacher File d'écosse von 3.25, Kinderstrümpfe Nr. 5 60 Gr., Nr. 10 80 Gr., Herrensocken von 35 Gr., prima Herrensocken von 65 Gr., Herrensocken in modernen Dessins v. 95 Gr. empfiehlt zu sehr erniedrigten Preisen in sehr großer Auswahl, solange der Vorrat reicht
Wäschefabrik
J. Schubert, nur Poznań ulica Wrocławska 3.

Dampf-Kessel
ca. 25 □m, kaufe per Kasse. Off. u. **3214** a. d. Gschft. d. Zt.

Pianino
preiswert zu verkaufen, Kręta 6, Wohnung 11

Nähmaschinen

bestes Fabrikat, billigst, auch gegen Teilzahlungen.
Otto Mix, Poznań, Kantaka 6a.

Großer Spiegel
2 m, zu kaufen gesucht. Off. mit Preis an Schultz, Chwaliszewo 60/62.

Mädchen-Fahrrad
gebraucht, zu kaufen gesucht. Off. unter 3198 an die Geschft. d. Ztg.

Gut
200 ha, 4 km. zur Stadt mit Gymnasium, schöne Lage am See, preiswert zu verkaufen oder gegen Wohnhaus zu tauschen. Nähere Bedingungen erteilt Wilamowski, Poznań Wielka 22, Telefon 2852.

Fordson-Traktor, wenig gebraucht, verkaufe billig. Offert. an „Par", Aleje Marcinkowskiego 11, unter **55,210.**

Verschiedenes

Fischreusen
aus Draht Stück zł 13.50
Alexander Maennel
Nowy Tomyśl W. 5.

Herren-Maßarbeiten
werden gut u. billig angefertigt. Für erstklassigen Sitz wird garantiert.
Fr. Staśkiewicz, Poznań, Wały Król. Jadwigi 5.

Leder-, Kamelhaar-, Balata- und Hanf-Treibriemen
Gummi-, Spiral- u. Hanf-Schläuche, Klingeritplatten, Flanschen und Mannlochdichtungen, Stopfbuchsenpackungen, Putzwolle, Maschinenöle, Wagenfette empfiehlt
SKŁADNICA
Pozn. Spółki Okowicianej Spółdzielni z ogr. odp.
Technische Artikel
POZNAŃ
Aleje Marcinkowskiego 20

Strümpfe
verkauft niemand so billig wie **Nowy Magazyn** Pończoch, Ratajczaka 13.

Hygien. Binden!
Damen, die ihre Gesundheit schonen, gebrauchen nur die ideale Binde TEKA, garantiert auf reiner hygroskopischer Watte. Centrala Sanitarna, T. KORYTOWSKI, Poznań, Wodna 27, Telefon 5414.

Tiermarkt

Prima Jagdhündin
billig abzugeben. Briefmarke Forsthaus Dłoń (Poznańskie).

Offene Stellen

Hausmädchen
gesucht, plätten und etwas nähen erwünscht. Köchin vorhanden. Off. u. **3222** an die Geschft. d. Ztg.

Für Arbeitslustige
gibt es keine Arbeitslosigkeit! Jedermann kann einige hundert Złoty monatlich verdienen durch Verkauf unserer Saison - Gummi - Artikel, wie: Schürzen, Tischdecken, Badekappen, Damen- und Herren - Gürtel usw.! Diese Artikel erfreuen sich einer großen Nachfrage. Verlanget Prospekte.
Firma Krain & Fesser, Katowice Kochanowskiego 4.

Stellengesuche

Krankenpflegerin
im Haushalt erfahren, sucht Stellung v. 1. od. 15. Juni. Off. unter **3193** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Suche für 7 Monate altes Mädchen gute deutsch-kath.
Pflegestelle.
Offerten unter **3218** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Wirtschafterin
durchaus perfekt, vertraut mit Kochen, Schlachten, Konservenbereitung, Backen, Geflügelzucht, 16jährige Praxis, erstkl. Empfehlung., sucht Stellung von gleich, evtl. spät., im Gutshaushalt, Pensionat oder besseren Handelsbetrieb. Gefl. Zuschr. an Łyskawa, Poznań, Wspólna 55, Wohn. 4.

Erfahrener
Kaufmann
redegewandt, poln.-deutsch perfekt, sucht Vertretung eines eingeführten Artikels der Lebensmittel- oder verwandten Branche, Ia Referenzen, hohe Sicherheit, freies Lager u. Büro. Off. u. **3213** an d. Geschft. d. Ztg.

Heirat

Gutsbesitzer
32 Jahre alt, evang., sucht passende, vermög. Lebensgefährtin. Off. unt. **3221** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Junggeselle
(Beamter), Ende 20 er, sucht die Bekanntschaft einer vermögend., jungen Dame, zwecks evtl. Heirat kennenzulernen. Ausf. Angeb. u. **3215** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.